

The top half of the cover features the European Union flag, which is a blue field with twelve yellow five-pointed stars arranged in a circle. The flag is shown waving, with folds and ripples in the fabric. Below the flag, the background is a solid light blue color.

Tätigkeitsbericht 2024

Forschung | Forum | Fortbildung

IEP Jahresrückblick 2024 Video



Scan me :)

Tätigkeitsbericht 2024

Institut für Europäische Politik

Bundesallee 23
10717 Berlin
+49 (0)30 88 91 34 0

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de

 [IEP_Berlin](#)

 [iepberlin](#)

 [iep-berlin.bsky.social](#)

 [europapolitik](#)

 [IEP.Berlin](#)

 [iep_berlin](#)

 [Institut für Europäische Politik e.V.](#)



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	S. 4
Editorial	S. 6
Europäische Integration	S. 9
<i>Publikationen</i>	
Vierteljahreszeitschrift: <i>integration</i> 2024	S. 10
Jahrbuch der Europäischen Integration	S. 13
Taschenbuch „Europa von A bis Z“	S. 14
<i>Projekte</i>	
Deutsche Wirtschaftsdiplomatie und demokratische Rückschritte in Ungarn und Polen	S. 15
EU Wahlmonitor	S. 16
EUle – Europe learn & engage	S. 18
RADAR – Raising Awareness on Disinformation Achieving Resilience	S. 20
RESILIO – Resilience observatory on the rule of law in Europe	S. 21
Erweiterung, Nachbarschaft, Zentralasien	S. 23
<i>Projekte</i>	
CAPACITY4EU: Civil Society for EU Integration	S. 24
Civil Society STAR Initiative	S. 26
EU Turkey Bridge - Eine Standing Group zu EU-Türkei-Beziehungen	S. 27
GEO4EU – Georgische Zivilgesellschaft für die EU-Integration	S. 28
InvigoratEU: New impulses for an enlarged and resilient Europe	S. 30
Next4EU – Young generation for EU integration	S. 32
Pathways to Progress: Germany-Ukraine Dialogues on Rule of Law for EU Accession	S. 34
Podcast UkraineMEMO	S. 36
UA Transformation Lab – Think tanks for Ukraine’s reconstruction and EU integration	S. 38
Ukraine Perspectives – Strategies for Reconstruction and EU Integration	S. 41
VisiBYlity for Belarusian democratic actors	S. 43

Deutschland und Europa	S. 45
<i>Publikationen</i>	
Berlin Perspectives	S. 46
Deutsche Europapolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, 3. Auflage	S. 49
<i>Projekte</i>	
Berlin Futures – Strategieggruppe zur Deutschen Europapolitik	S. 50
<i>Foren</i>	
DNBF – 16. Jahrestagung des Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums	S. 51
Spinelli Forum 2024 – Deutsch-Italienischer Nachwuchsführungskräfte-Dialog	S. 53
<i>Veranstaltungen</i>	
Europagespräche	S. 55
IEP Jahrestagung 2024	S. 57
Hintergründe zur Arbeit des IEP	S. 59
Kommunikationsaktivitäten – Analyse für 2024	S. 60
Gremien des IEP	S. 63
Team des IEP	S. 68
Impressum	S. 71





2024

„Europas Zukunft strategisch gestalten“

Das Jahr 2024 war europapolitisch vor allem durch die Europawahlen, die institutionelle Neubesetzung sowie die strategische Ausrichtung des neuen politischen Zyklus in Brüssel geprägt. Weder die EU noch Deutschland bewegten sich dabei in ruhigen Fahrwassern: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine trat in sein drittes Jahr, ein Jahr nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel dauerte der Krieg in Gaza an, Einigkeit zwischen den Mitgliedstaaten musste hart erarbeitet werden. Gleichzeitig kämpften die Regierungen Frankreichs und Deutschlands ums politische Überleben. In Deutschland zerbrach die Ampelkoalition im November – nur einen Tag, nachdem die Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten neue geopolitische und ökonomische Unsicherheiten ausgelöst hatte.

Zwanzig Jahre nach der sogenannten „Big Bang“-Erweiterung gewann die Erweiterungspolitik erneut an Gewicht. Mit der Ukraine und der Republik Moldau begannen offiziell Beitrittsverhandlungen, auch wenn noch keine Verhandlungskapitel eröffnet wurden. Georgien setzte den Prozess dagegen aus. Die geopolitische Dynamik hat zwei Jahre nach Russlands Vollinvasion der Ukraine an Zugkraft für die EU-Erweiterungspolitik eingebüßt – tragfähige Strategien für die Zukunft sind daher dringlicher denn je.

Vom 6. bis 9. Juni 2024 fanden die 45. Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Wahlbeteiligung blieb stabil, doch das Ergebnis erforderte differenzierte Analysen nach Mitgliedstaaten, Fraktionen und Mehrheitsoptionen. Zugewinne rechtspopulistischer Kräfte rückten die Bedeutung des „Cordon Sanitaire“ verstärkt in den Vordergrund.

Für die weltpolitische Positionierung der EU waren sowohl das Verhältnis zu globalen Partnern als auch die Suche nach wirtschaftlicher Stabilität entscheidend. Zwei Berichte prägten die Debatten: Enrico Lettas Analyse zur Stärkung des Binnenmarkts und Mario Draghis Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig verlangten globale Herausforderungen wie die Klimakrise und Migrationsbewegungen nach solidarischen Lösungen.

Querschnittsthemen blieben 2024 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte. Vor 25 Jahren nahm der Grundrechtekonvent seine Arbeit auf, vor 15 Jahren wurde die EU-Grundrechtecharta mit dem Vertrag von Lissabon rechtsverbindlich.

Die deutsche Europapolitik steht in diesem Umfeld vor vielschichtigen Aufgaben. Mehr denn je gilt es, Europas Zukunft strategisch zu gestalten – durch Analysen, Visionen und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen. Das IEP hat dazu im Jahr 2024 einen wichtigen Beitrag geleistet und seine Expertise im Austausch mit politischen Entscheidungsträger:innen eingebracht.

Als eine der führenden unabhängigen Forschungs- und Beratungseinrichtungen in Deutschland arbeitet das IEP an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Bildung. Mit seinem Drei-Säulen-Ansatz aus Forschung, Forum und Fortbildung schafft es Räume für Austausch, reduziert Komplexität und entwickelt praktikable Strategien, um europäische Integration verständlich zu machen.

Neben den Standardpublikationen – der Vierteljahresschrift *integration*, dem Jahrbuch der Europäischen Integration und dem Taschenbuch *Europa von A bis Z* – erschien 2024 die dritte, vollständig überarbeitete Auflage des *Handbuchs zur deutschen Europapolitik*. Mit den *Berlin Perspectives* setzt das IEP außerdem seine englischsprachige Policy-Paper-Reihe fort.

Das Institut vertiefte seine Analysen zur Rechtsstaatlichkeit mit besonderem Fokus auf Ungarn und den Auswirkungen auf den Binnenmarkt. Die zweijährige Forschung zur Resilienz der Rechtsstaatlichkeit mündete im neu etablierten *Observatory on the Rule of Law Resilience*. Die Arbeiten zur EU-Erweiterungspolitik wurden im Rahmen des Horizon-Europe-Projekts *In-vigoratEU* intensiviert. Auch in der Jugendarbeit blieb das IEP präsent, etwa mit dem *Spinelli-Forum*, das junge Führungskräfte aus Italien und Deutschland vernetzte.

Unter dem Leitmotiv „Europas Zukunft strategisch denken“ standen 2024 die IEP-Europagespräche, die Jahreskonferenz, das Deutsch-Nordisch-Baltische Forum und die Strategiegruppe *Berlin Futures*. Diese begann ihren vierten Zyklus unter der Schirmherrschaft von Christoph Wolfrum (Auswärtiges Amt) und Prof. Dr. Gaby Umbach (Europäisches Hochschulinstitut Florenz), mit einem besonderen Fokus auf die transatlantischen Beziehungen.

Auch jenseits der EU-Grenzen war das IEP aktiv: Netzwerke mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Think Tanks und jungen Wissenschaftler:innen aus der Ukraine, Moldau und Georgien spielten eine zentrale Rolle.

Die Analysen und Aktivitäten des IEP 2024 lieferten wertvolle Erkenntnisse, stärkten die europapolitische Debatte und erweiterten die Netzwerke des Instituts. Damit trug das IEP dazu bei, Europas Handlungsfähigkeit in Zeiten tiefgreifender Umbrüche zu sichern.

Prof. Dr. Funda Tekin



Vierteljahreszeitschrift: *integration* 2024



Die Vierteljahreszeitschrift „*integration*“ richtet sich an alle, die sich in Wissenschaft, Bildung, Politik, Administration und in den Medien mit europäischen Fragen beschäftigen. Sie ist ein theoriegeleitetes und politikbezogenes interdisziplinäres Forum zu Grundsatzfragen der europäischen Integration. Aktuelles aus der Europapolitik wird aus politischer und akademischer Perspektive diskutiert.

Die *integration* wird von einem Herausgeber:innen-gremium unter Vorsitz von Prof. Dr. Frank Schimmelfennig für das Institut für Europäische Politik e. V. in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e. V. herausgegeben. Die *integration* wird vom Auswärtigen Amt gefördert und im Rahmen des Citizens, Equality, Rights and Values Programms 2021–2027 der Europäischen Union finanziert.

integration 01/24

Jahrelang hat die EU um die Reform ihres Asyl- und Migrationssystems gerungen. Kurz vor Ende der Legislaturperiode haben Europäisches Parlament und Rat für den im Dezember 2023 gefundenen Kompromiss gestimmt. Die Auswirkungen der jüngsten Reformen in der Grenz- und Asylpolitik auf die Gover-

nancestruktur der EU werden im Free-Content-Beitrag von Domenica Dreyer-Plum und Natascha Zaun untersucht.

Weitere Aufsätze in diesem Heft von Andreas Kruck und Moritz Weiss sowie von Christian Freudlsperger betrachten neue Konzepte, mit denen das politische System der EU im Kontext der sogenannten Polykrise besser erfasst werden kann. Klaus Welle bespricht in der Forums-kategorie die nach Erscheinen des Heftes stattfindenden Europawahlen, während Beiträge von Maria Skóra und Marek Prawda den Blick zurück auf die Parlamentswahlen 2023 in Polen werfen.

Ein Forumsbeitrag von Leonie Kristina Trebeljahr beschäftigt sich mit der Zukunftsfähigkeit der EU aus deutsch-nordisch-baltischer Perspektive. Im Tagungsbericht des IEP von Amedea Nigro und Julian Rappold wird das Spinelli Forum, deutsch-italienischer Dialog für Nachwuchsführungskräfte, im November 2023 in Berlin nachgezeichnet. Im Tagungsbericht des „Arbeitskreis Europäische Integration“ von Philipp Reinhold geht es um die rechtlichen Grundlagen und Instrumente der strategischen Autonomie der EU.

Heft 01/24 liegt außerdem das Jahresregister von 2023 bei.

integration 01/24



Die Prognosen zur Europawahl 2024 haben sich bewährt: Das Europäische Parlament ist nach rechts gerückt. Welche Auswirkungen der Rechtsruck in Europa auf die EU-Politik haben könnte, wird im vor den Wahlen verfassten Free-Content-Beitrag von Thomas Winzen untersucht.

Mit der rechnerischen Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und dem Grundsatz der degressiven Proportionalität beschäftigt sich Friedrich Pukelsheim in der Forumssektion. Andrea Gawrich, Fabian Schöppner, Christian Achraier und Michelle Pace betrachten die Demokratieförderung innerhalb und außerhalb der EU, Anke Obendiek analysiert die Datengovernance der EU im geopolitischen Spannungsfeld und Daniela Braun und Michael Kading nehmen konzeptionelle Überlegungen zur Erforschung der Vertrauens- und Legitimitätsproblematik im europäischen Mehrebenensystem vor.

In der Literatursektion bespricht Marlene Gärtner zwei Publikationen zu politischen Narrativen über Europa und zur europäischen Integration. Im Tagungsbericht des „Arbeitskreis Europäische Integration“ von Stefan Lorenzmeier, Tessa Lou Thomas und Dion Voigt geht es um die EU-Außenbeziehungen in Krisenzeiten.

integration 02/24

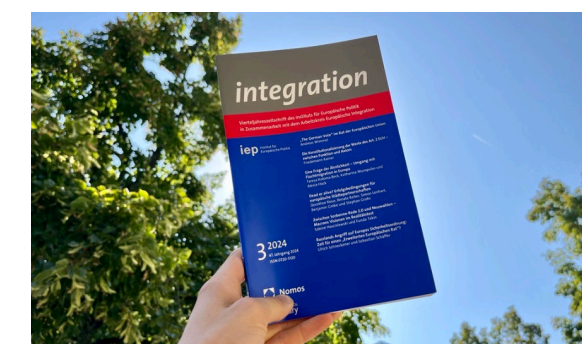
integration 03/24

Der Dauerstreit der Bundesregierung wird auf europäischer Ebene durch Enthaltungen bei Abstimmungen im Rat deutlich. Das sogenannte German Vote ist jedoch ein Phänomen, das bereits seit den 2000er Jahren zu beobachten ist. Inwiefern es sich dabei um einen deutschen Sonderfall handelt, wird im Free-Content-Beitrag von Andreas Wimmel untersucht.

Friedemann Kainer geht der Frage nach, wie die Entscheidungen des EuGH bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit (Art. 2 EUV) das EU-System beeinflussen. Teresa Koloma Beck, Katharina Wuropulos und Alexia Hack analysieren den Umgang mit Fluchtmigration in Europa und Dorothee Riese, Renate Reiter, Simon Lenhart, Benjamin Gröbe und Stephan Grohs untersuchen die Erfolgsfaktoren von europäischen Städtepartnerschaften.

In der Forumssektion betrachten Sabine Hoscislawski und Funda Tekin Macrons Visionen für Europa aus der zweiten Sorbonne-Rede vor dem Hintergrund der neuen europäischen Legislaturperiode und der Neuwahlen in Frankreich. Außerdem stellen Ulrich Schneckener und Sebastian Schäffer das Konzept eines „Erweiterten Europäischen Rates“ vor als möglicher Weg, um auf das veränderte europäische Sicherheitsumfeld infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine zu reagieren.

integration 03/24



integration 04/24

Manuel Müller analysiert im Free-Content-Beitrag die Implikationen des Ausgangs der Europawahl 2024. Er wirft einen umfassenden Blick auf die wichtigsten Aspekte, die die Wahl geprägt und die politischen Konstellationen der neuen Legislaturperiode beeinflusst haben.

Weitere Aufsätze beschäftigen sich mit Entwicklungen der letzten EU-Legislatur: Zum einen betrachtet Friedrich Heinemann die Schuldenfinanzierung des EU-Haushalts durch Fonds wie NextGenerationEU und deren mögliche Fortführung. Zum anderen analysieren Torben Fischer und Jana Windwehr die Sozialpolitik der ersten Kommission Ursula von der Leyen.



Thema des Hefts ist ebenfalls die Außenpolitik der EU: Während Olaf Leiße, Michael Merkel und Levi Schlegtendal in ihrem Aufsatz die Klima-Soft-Power der EU am Beispiel der Beziehungen zu Südkorea analysieren, fragt Claudia Zilla in ihrem Forumsbeitrag nach den Voraussetzungen und Chancen feministischer Außenpolitik als ein realisierbares Ziel für die EU.

Der Tagungsbericht von Tobias Hofelich, Robert Karl Graeff und Marcel Vesper reflektiert die IEP-Jahrestagung 2024. Diskutiert wurde über die Zukunft der EU bezüglich ihrer internen Herausforderungen, aber auch ihrer Beziehungen zur Nachbarschaft im Kontext der Erweiterung und ihrer Position auf der internationalen politischen Bühne.

integration 04/24

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Tobias Hofelich



Sabine Hoscislowski

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by the European Union

Geschäftsführende Redaktion

Prof. Dr. Funda Tekin (Schriftleitung, V.i.S.d.P.)

Dr. Tobias Hofelich, Schriftleitung

Sabine Hoscislowski, Redakteurin

Marcel Vesper, Redaktionsassistent

Dr. Nico Halkenhäuser, Redaktionsassistent für den Arbeitskreis Europäische Integration

Herausgeber:innengremium

Prof. Dr. Frank Schimmelfennig (Vorsitz), Zürich

Prof. Dr. Thomas Christiansen, Rom

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Mannheim

Prof. Dr. Mathias Jopp, Berlin

Prof. Dr. Michèle Knodt, Darmstadt

Dr. Barbara Lippert, Berlin

Prof. Dr. Hartmut Marhold, Berlin

Prof. Dr. Franz Mayer, Bielefeld

Prof. Dr. Peter-Christian Müller-Graff, Heidelberg

Prof. Dr. Martin Nettesheim, Tübingen

Prof. Dr. Joachim Schild, Trier

Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Köln

Laufzeit

01.01.1992 – andauernd

Jahrbuch der Europäischen Integration

Das europapolitische Jahr 2024 stand ganz im Zeichen der Wahlen des Europäischen Parlaments im Juni 2024, der nachfolgenden Neuformierung der Europäischen Kommission und der Besetzung der Spitzenpositionen in den Brüsseler Institutionen.



Das Jahrbuch der Europäischen Integration 2024 zeichnet das letzte Jahr der ersten Kommission unter Ursula von der Leyen nach, beschreibt, welche Themen im europäischen Wahlkampf relevant waren, und analysiert Wahlergebnisse und deren Auswirkungen auf die Zukunft der EU.

Daneben bleiben auch andere Entwicklungen des Superwahljahres 2024 nicht unberücksichtigt: Das Jahrbuch behandelt auch die andauernden Auseinandersetzungen über die Rechtsstaatlichkeit, die Ergebnisse nationaler Wahlen, Debatten zur Unterstützung der Ukraine und die Auswirkungen des Nahostkonflikts auf die EU.

So ist auch die 44. Ausgabe des Jahrbuchs ein wichtiges Stück europäischer Zeitgeschichte. Sie bündelt nicht nur die Ereignisse zwischen Sommer 2023 und Sommer 2024, sondern führt auch die seit 1980 bestehende Jahrbuchreihe fort. Als Chronik der Union ermöglichen die Jahrbücher langfristige Vergleiche und eine konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit der EU über lange historische Zeiträume.

Zudem wurde durch eine umfassende Aktualisierung und Katalogisierung das digitale Jahrbuch-Archiv „Wissen Europa“ in die Website des IEP integriert. Dort sind alle Artikel (bis auf die letzten drei zurückliegenden Ausgaben) seit 1980 frei und kostenlos abrufbar. Damit ist das Jahrbuch-Archiv eine unverzichtbare Chronik der europäischen Zeitgeschichte für die Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit.

Das Jahrbuch ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (CA-P) und dem Centrum für Türkei- und EU-Studien (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird.

Jahrbuch der Europäischen Integration 2024

Wissen Europa

Laufzeit

01.01.1980 - andauernd

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



York Albrecht



Jakob Burger

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by the European Union

Taschenbuch „Europa von A bis Z“

Ob Umwelt- und Klimapolitik, EU-Verträge oder Europaskeptizismus – das Taschenbuch „Europa von A bis Z“ liefert in über 100 Sachbeiträgen Einblicke in die wichtigsten Themen und Begriffe der europäischen Zusammenarbeit seit Winston Churchills Rede 1946 über die „Vereinigten Staaten von Europa“ bis heute.

Renommierter Autor:innen erklären wissenschaftlich fundiert und verständlich alle wichtigen Themen und Begriffe aus Politik, Wirtschaft und Geschichte der europäischen Einigung. Das Taschenbuch richtet sich an alle Europa-Interessierten, die sich gezielt und zuverlässig über den neuesten Stand in europapolitischen Fragen informieren wollen. Vorkenntnisse sind dabei nicht notwendig. Das Taschenbuch erscheint in aktualisierter und erweiterter Fassung in der 16. Auflage in drei Formen: klassisch als Printversion, digital als E-Book und als „living edition“ bei SpringerLink.

Durch die Veröffentlichung der Beiträge online in der „living edition“ ist die Aktualisierung des Taschenbuchs von der Publikation als Printausgabe entkoppelt und ermöglicht so den Autor:innen, ihre Beiträge



kontinuierlich zu aktualisieren und neue Entwicklungen aufzugreifen.

Seit Veröffentlichung der Printversion in ihrer 16. Auflage 2023 ist die Anzahl der Beiträge bis Ende 2024 auf 113 Texte angestiegen. Im Jahr 2024 wurde knapp ein Fünftel der Beiträge in der „living edition“ aktualisiert, drei neue Texte kamen hinzu.

Alle Beiträge des Taschenbuchs sind einheitlich aufgebaut und beinhalten folgende Bestandteile:

- kondensierte Zusammenfassung des Themas
- Schlüsselwörter
- Faktenkasten (Vertragsgrundlage, Ziele, Instrumente und Budget eines Politikfeldes bzw. Vertragsgrundlage, Zusammensetzung, Sitz, Kompetenzen, Aufgaben und Entscheidungsverfahren von Institutionen, Internetverweise)
- Haupttext
- weiterführende Literatur und Dokumente

Herausgeber:innen

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Prof. Dr. Funda Tekin

Taschenbuch „Europa von A–Z“

Laufzeit

01.01.1991 – andauernd

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Sabine Hoscislawski

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by
the European Union

Deutsche Wirtschaftsdiplomatie und demokratische Rückschritte in Ungarn und Polen

Seit dem Regierungswechsel 2021 und der „Zeitenwende“ durch den russischen Angriffskrieg ordnet sich die deutsche Außenpolitik neu – nicht nur in Sicherheitsfragen, sondern auch wirtschaftlich. Welche Folgen hat das für Polen und Ungarn angesichts ihrer demokratischen Regression? Das IEP bot dazu ein Dialogformat für deutsche Entscheider:innen aus Politik und Wirtschaft.



Lange Zeit wurde der Zusammenhang zwischen deutscher Außen- und Außenhandelspolitik mit „Wandel durch Handel“ zusammengefasst. Die „Zeitenwende“ als neues außenpolitisches Leitmotiv wirkt sich aufgrund der engen Verflechtung auch auf die deutsche Handelspolitik aus.

In diesem Projekt untersuchte das IEP die Bedeutung der Zeitenwende für die deutsche Außenhandelspolitik sowie die Herausforderungen und Chancen, die sich aus ihrer Umsetzung angesichts der demokratischen Regression in Ungarn und Polen ergeben. Hierzu veranstaltete das IEP Gesprächsrunden mit Vertreter:innen aus Wirtschaft und Politik zu den Auswirkungen der polnischen Parlamentswahlen im Oktober 2023 sowie zu den Investitionsbedingungen für deutsche Firmen in Ungarn.

In Zusammenarbeit mit den Open Society Foundations trug das IEP durch Debatten und vertraulichen Austausch zu einem besseren Verständnis der Zeitenwende sowohl bei Unternehmen als auch bei Entscheidungsträger:innen bei.

Publikationen

- *Studie: Deutsche Unternehmen in Ungarn.* Wie wirken sich rechtsstaatliche Defizite in Ungarn auf deutsche Unternehmen und den europäischen Binnenmarkt aus? Die Studie definiert ‚illiberale Wirtschaftspolitiken‘, mit denen die ungarische Regierung strategische Sektoren nationalisieren will, und präsentiert Empfehlungen für deutsche Unternehmen, die Bundesregierung und die Europäische Kommission zur Bewahrung der Grundlagen des europäischen Binnenmarktes.
- *Policy Paper: Polen neu denken.* Das Papier wurde von den Ergebnissen eines Rundtisches Ende Oktober 2023 inspiriert, bei dem sich Expert:innen aus Wirtschaft, Politik und Think Tanks über die Parlamentswahlen in Polen und deren möglichen politischen und wirtschaftlichen Folgen für die deutsch-polnischen Beziehungen austauschten. Es zielt darauf ab, strategische Impulse für staatliche Akteure in Deutschland zu bieten, um die Beziehungen zu Polen zu stärken und sich auf eine Zeit des Wandels vorzubereiten.

Deutsche Unternehmen in Ungarn und Polen neu denken

Laufzeit

01.10.2023 – 30.09.2024

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Maria Skóra



York Albrecht

EU Wahlmonitor



Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die Wahlen in anderen europäischen Mitgliedstaaten. Das IEP möchte damit Bürger:innen für die europapolitischen Implikationen der nationalen Politik in diesen Staaten sensibilisieren und so die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen fördern.

Die Ergebnisse nationaler Wahlen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind für die Zukunft der EU relevant. Sie bestimmen über die Machtbalance im Europäischen Rat und im Ministerrat und haben damit Einfluss auf die Entscheidungsfindungsprozesse der EU. Um einem deutschsprachigen Publikum die europapolitischen Auswirkungen dieser Wahlen näherzubringen, bereitete das IEP Hintergrundinformationen zu den Wahlen strukturiert und interaktiv in verschiedenen Formaten auf. Im „Superwahljahr“ 2024 begleitete der EU Wahlmonitor 12 nationale Wahlen u.a. in Portugal, Bulgarien, Frankreich, Rumänien und Irland. Dabei nutze es verschiedene Formate, wobei jeweils die Frage nach den europapolitischen Auswirkungen der nationalen Wahlen im Mittelpunkt stand.

Publikationen

- Die **Parlamentswahl in Portugal** fand am 10. März 2024 statt: Vor der Wahl veröffentlichte das IEP ein **Factsheet** und einen **Videoüberblick**, nach der Wahl folgte eine **Wahlanalyse** vom assoziierten Wissenschaftler Dr. Alberto Cunha.

Parlamentswahl Portugal

Video: Parlamentswahl Portugal



- Die **Europawahl** fand am 9. Juni statt. Das IEP hat Expert:innen aus Deutschland, Bulgarien, Frankreich, Dänemark und Ungarn nach ihren nationalen Perspektiven mit Blick auf die größten Herausforderungen der kommenden EU-Legislaturperiode befragt.

Europawahl 2024

- Die **Neuwahlen des französischen Parlaments** fanden am 7. Juli 2024 statt.



- Das IEP veröffentlichte einen **Infopost** zu den Hintergründen der Wahl und veröffentlichte eine **Wahlanalyse** von Martin Baloge von der Université Catholique de Lille.

Parlamentswahl Frankreich



- Die **Parlamentswahl in Österreich** fand am 29. September 2024 statt: Das IEP erarbeitete ein **Factsheet** mit Hintergrundinformationen zur Wahl, veröffentlichte eine **Wahlanalyse** von Johanna Edthofer und einen **Expertenkommentar** von Paul Schmidt, beide von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Parlamentswahl Österreich

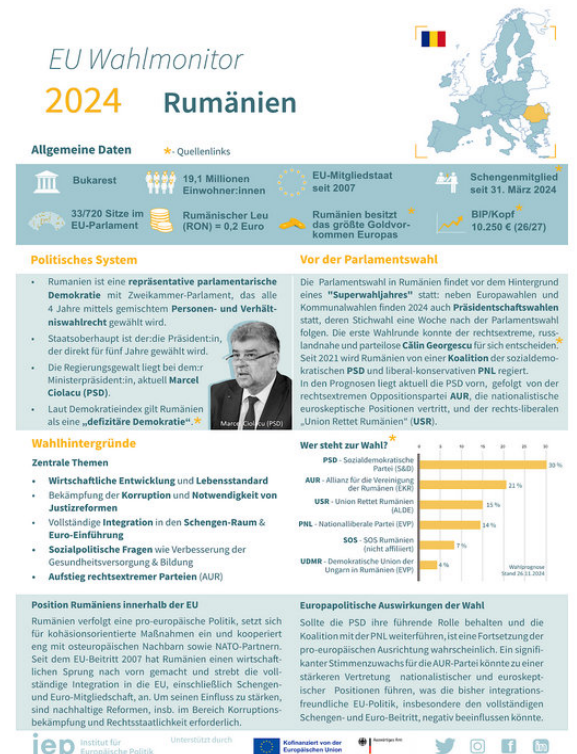
Expertenkommentar Österreich



- Die **Parlamentswahl in Rumänien** fand am 01. Dezember 2024 statt: Das IEP veröffentlichte ein **Factsheet** mit Hintergrundinformationen und eine **Wahlanalyse**, die die Ergebnisse europapolitisch einordnete.

Parlamentswahl Rumänien

Wahlanalyse Rumänien



Laufzeit

01.01.2023 – andauernd

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Johanna Hase



Julia Winter



Dr. Maria Skóra



Laura Worsch

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by the European Union

EUle - Europe learn & engage



EUle ist eine strategische Bildungsinitiative, die darauf abzielt, das Verständnis für europäische Themen zu stärken. Die Kampagne möchte über aktuelle Ereignisse und Zusammenhänge informieren und motivieren, sich aktiv an der europäischen Debatte zu beteiligen

Die Social-Media-Kampagne bietet eine leicht verständliche und ansprechende Vermittlung von Informationen rund um die EU-Politik, die europäischen Institutionen sowie aktuelle Entwicklungen. Sie richtet sich insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch an die breite Öffentlichkeit. Kern der Kampagne sind kurze Erklärvideos auf Plattformen wie Instagram, TikTok und YouTube. Ziel ist es, europäische Themen greifbar zu machen und die vielfältigen Verknüpfungen zwischen der EU und dem Alltag der Menschen aufzuzeigen.

Mit diesem Ansatz will #EUle das Bewusstsein für europäische Themen stärken, das Interesse an der EU fördern und potenzieller Politikverdrossenheit entgegen-

wirken. Langfristig soll die Kampagne zu einer besser informierten und engagierten europäischen Wählerschaft beitragen und damit die Grundlage für eine lebendige demokratische Kultur schaffen.

2024 wurden in diesem Rahmen acht Videos veröffentlicht, die unter anderem aktuelle Entwicklungen in Bezug auf EU-Spitzenposten, das Verhältnis der EU zu den Vereinten Nationen, zur US Wahl und der Fraktionsbildung im Europäischen Parlament thematisierten.

Publikationen

- Fraktionsbildung im EU-Parlament 2024:** Am 16. Juli 2024 tritt das neu gewählte Europäische Parlament in Straßburg zu seiner ersten Sitzung zusammen. Mit 720 Abgeordneten formieren sich neue Fraktionen, insbesondere am rechten Rand. EUle beleuchtet die Fraktionsbildung im EU Parlament 2024.

Fraktionsbildung im Parlament

- Wahl der Präsident:in der Europäischen Kommission 2024:** Ursula von der Leyen bewarb sich für eine zweite Amtszeit als Präsidentin der Europäischen Kommission. Hintergründe zur Wahl beleuchtete das EUle Video.

Wahl der Kommissionspräsidentin



Hohe:r Vertreter:in für Außen- und Sicherheitspolitik

- Der Europäische Rat ernannt eine:n Hohe:n Vertreter:in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik.
- Neue EU-Chefdiplomatin könnte die Estin Kaja Kallas (Renew) werden.
- Der:die Hohe Vertreter:in ist gleichzeitig Vize-Präsident:in der Kommission.
- Er/Sie muss gemeinsam mit dem:der Kommissions-Präsident:in und den Kommissar:innen vom EP bestätigt werden.

- Rechtsextreme im Europäischen Parlament 2024:** Nach der EU-Wahl wählte das Parlament Ende Juli seine Ausschussvorsitzenden. Während die rechtsnationalen „Europäischen Konservativen und Reformer“ einige Posten erhielten, gingen rechtsextreme Fraktionen leer aus. Mehr dazu erklärt im EUle Video!

Rechtsextreme im Parlament



- Die EU und die UN:** Der 24. Oktober ist der Tag der Vereinten Nationen. Wie funktioniert die Zusammenarbeit von EU und UN? Über gemeinsame Ziele und Differenzen sprachen wir in unserem EUle Video.

Die EU und die UN



- Die US-Wahl und die EU:** Am 5. November fand die US-Präsidentenwahl statt – ein entscheidender Moment auch für Europa. Das Ergebnis hat die transatlantischen Beziehungen maßgeblich beeinflusst und hatte das Potenzial, sowohl Zusammenarbeit als auch Spannungen mit der EU verstärken. Mehr dazu im EUle Video.

Die US-Wahl und die EU

Laufzeit

01.05.2024 – andauernd

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Julia Winter



Dr. Johanna Hase



York Albrecht



Dr. Tobias Hofelich



Sabine Hoscislowski

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by the European Union

RADAR – Raising Awareness on Disinformation Achieving Resilience



Wie können demokratiefeindliche Desinformationen erkannt und was kann gegen ihre Verbreitung auf nationaler und europäischer Ebene getan werden? Das Projekt RADAR schafft eine öffentliche Diskussionsplattform für den Austausch zu dem Thema Desinformation und bindet dabei europäische Bürger:innen, Expert:innen und junge Menschen ein.

Die Verbreitung von Desinformation ist eine Herausforderung für die demokratische Gesellschaft in Europa. Sie hat das Potential, demokratische Prozesse der Meinungsbildung zu untergraben und gesellschaftliche Polarisierung zu befördern. Ziel von RADAR ist es, Desinformation aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten, um politische Handlungsoptionen zu entwickeln und die Bevölkerung zu dem Thema zu sensibilisieren.

RADAR versammelt Partnerinstitute aus fünf europäischen Ländern, die über das Erkennen und Handeln gegen Desinformationen diskutieren.

Im Februar 2024 reisten zwei Botschafterinnen des RADAR Youth Lab aus dem Jahr 2023 zum europäi-

schen Jugendworkshop nach Brüssel und diskutierten ihre Ideen und Empfehlungen zur Bekämpfung klimabezogener Desinformation. Bei der abschließenden öffentlichen Konferenz in Brüssel wurden die Empfehlungen der jungen Teilnehmenden Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vorgestellt. Zusätzlich wurden die Erfahrungen und Eindrücke aus dem Projekt zusammengefasst und Handlungsempfehlungen für die EU herausgearbeitet.

Laufzeit

01.10.2022 – 31.03.2024



Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Simone Klee

Kooperation / Förderung



RESILIO – Resilience observatory on the rule of law in Europe



Warum sind manche Demokratien in der EU resilienter gegen Rechtsstaatsregression als andere? Das IEP bewertete die rechtsstaatliche Resilienz aller 27 Mitgliedstaaten mit Hilfe eines systematischen Analyserasters und erarbeitete Strategien zur Prävention von Rechtsstaatsregression.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Grundpfeiler der Europäischen Union, stehen unter Druck. Insbesondere Ungarn und Polen zeigen, dass sich ein Konflikt um die Identität der Union als Rechtsgemeinschaft entfaltet und wie sehr dieser den Zusammenhalt in der EU gefährdet. Zugleich sind viele Rechtsstaaten in der EU weiterhin widerstandsfähig gegen autokratische Entwicklungen, ohne dass dafür die Ursachen unmittelbar erkennbar sind.

Die Erarbeitung von Handlungsoptionen und konkreten Strategien setzt ein vertieftes Verständnis der Faktoren voraus, die Demokratien resilient gegen Rechtsstaatsregression machen. Mithilfe von „RESILIO – Resilience observatory on the rule of law in Europe“ leistete das IEP dazu sowohl auf der analytischen als auch der politik-praktisch, strategischen Ebene einen Beitrag.

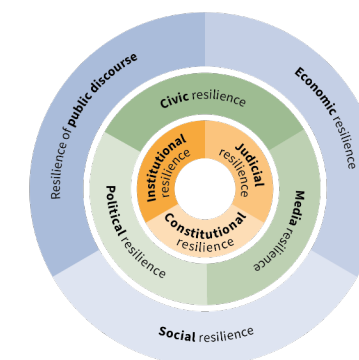
Im Rahmen eines neuen, interdisziplinären Ansatzes identifizierte das IEP mit RESILIO in komparativer Perspektive institutionelle und strukturelle Faktoren für die Resilienz von Rechtsstaaten und machte diese messbar. Ziel war es, bei Entscheidungstragenden aus Politik und Verwaltung aus Deutschland, den EU- Institutionen und den EU-Mitgliedstaaten das Verständnis über die Resilienz von Rechtsstaaten zu fördern.

Basierend auf diesen Informationen erarbeitete das Institut Strategien zur Prävention von Rechtsstaatsregression und zur Stärkung von Rechtsstaatsresilienz in der EU. Gleichzeitig trug es damit zu einer Ver-

sachlichung der bisweilen stark politisierten Debatte über Rechtsstaatlichkeit in der EU bei.

Das interdisziplinäre Projekt band dabei renommierte Rechts- und Politikwissenschaftler:innen, Historiker:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft ein.

RESILIENCE FACTORS



Publikationen

- **RESILIO Studie: Was macht die Rechtsstaatlichkeit widerstandsfähig? Evidenz aus den EU27:** In der RESILIO-Studie wurde untersucht, wie es um die Widerstandsfähigkeit der Rechtsstaatlichkeit in der EU steht und welche Faktoren innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten die unterschiedlich ausgeprägte Resilienz gegen Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit beeinflussen.

RESILIO Studie

- *RESILIO in Brüssel - Rechtsstaatlichkeit in der EU27: Aus der Krise eine Chance machen:* Nach zwei Jahren intensiver Arbeit wurden die Ergebnisse des RESILIO Projekts zusammen mit dem European Policy Centre am 07. März 2024 in Brüssel vorgestellt. Die Expert:innen betonten, dass RESILIO dabei helfen kann, potenzielle Risiken für die Rechtsstaatlichkeit zu identifizieren und diesen rechtzeitig vorzubeugen. Außerdem wiesen sie auf die immer enger werdende Verflechtung von Wirtschaft und Rechtsstaatlichkeit hin, insbesondere auf EU-Ebene.

RESILIO in Brüssel

- *RESILIO in Berlin: Resilienz testen. Die Rechtsstaatlichkeit nach den EP-Wahlen:* Nach der erfolgreichen Vorstellung der RESILIO-Ergebnisse in Brüssel folgte im April 2024 ein Treffen der Community von RESILIO Researchern in Berlin. In Workshops und einer Podiumsdiskussion sie ihre wertvolle Expertise zur Resilienz der Rechtsstaatlichkeit nach den EP-Wahlen ein.

RESILIO in Berlin

- *RESILIO Country Reports:* Die 27 Länderanalysen erfassen den aktuellen Status quo der Resilienz der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und bewerten die Ursachen für die Widerstandsfähigkeit der Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus zeigen sie potenzielle bewährte Praktiken zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Rechtsstaatlichkeit auf, die auf andere Länder übertragen oder angepasst werden könnten.

RESILIO Country Reports Series

Team



Prof. Dr. Funda Tekin Dr. Maria Skóra York Albrecht



- *Vorstellung der #RESILIOtoolbox: Der Weg zur Widerstandsfähigkeit der Rechtsstaatlichkeit:* Die Toolbox bietet Ideen für konkrete politische Maßnahmen, die auf eine widerstandsfähigere Rechtsstaatlichkeit in der EU abzielen. Sie stützt sich auf die Ergebnisse einer Datenanalyse, die im Rahmen des RESILIO-Projekts durchgeführt wurde.

RESILIO Toolbox

Laufzeit

01.01.2022 – 30.06.2024

resilio

Resilience observatory
on the rule of law in Europe

Kooperation / Förderung

STIFTUNG
MERCATOR



Erweiterung, Nachbarschaft,
Zentralasien

CAPACITY4EU: Civil Society for EU Integration



Die EU hat im Juni 2024 Beitrittsverhandlungen mit der Republik Moldau aufgenommen. Das Projekt CAPACITY4EU stärkte zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Moldau für ihre Teilnahme an den Verhandlungen und unterstützte sie bei der weiteren EU-Integration.

Auf ihrem europäischen Reformkurs hat die Republik Moldau mit der Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen einen weiteren wichtigen Meilenstein erreicht. Die moldauische Regierung arbeitet gemeinsam mit der Zivilgesellschaft an dem Ausbau ihrer Kapazitäten für die Beitrittsverhandlungen und das Erreichen weiterer Reformvorhaben auf dem Weg in die EU. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges, dem für Oktober 2024 angesetzten Referendum über die EU-Mitgliedschaft und die Präsidentschaftswahlen 2025 rückt das Land gleichzeitig weiter in den Fokus russischer Destabilisierungsversuche.

Das Projekt CAPACITY4EU hatte das Ziel, den demokratischen Transformationsprozess der Republik Moldau zu unterstützen. Dazu wurden Maßnahmen ergriffen, die die Fähigkeiten der moldauischen Zivilgesellschaft für ihre aktive Beteiligung an den EU-Beitrittsverhandlungen durch Verhandlungstrainings stärken. Fernsehdebatten und die Veröffentlichung von Projektvideos sollten Desinformation über die EU entgegenwirken und das Verständnis für den Integrationsprozess fördern. Der zivilgesellschaftliche Austausch zwischen der Republik Moldau und Deutschland waren dabei zentraler Bestandteil des Projektes.

Veranstaltungen

- Moldaus Weg in die EU: Ergebnisse des Local Dialogue in Stefan Voda (01.10.2024): Wie wird der moldauischen EU-Integrationsprozess auf lokaler Ebene gesehen? Vor welchen Herausforderungen steht das Land bei den Beitrittsver-

handlungen, und welche Rolle spielt das EU-Referendum in diesem Prozess?

Local Dialogue in Stefan Voda

- Moldaus Weg in die EU: Ergebnisse des Local Dialogue in Falesti (03.10.2024): Wie blickt die moldauische Bevölkerung auf den EU-Integrationsprozess des Landes? Welche Desinformations-Narrative zum bevorstehenden EU-Referendum zirkulieren in den Regionen? Einblicke aus dem zweiten lokalen Dialog in Moldau.

Local Dialogue in Falesti



- EU-Trainingsprogramm für die moldauische Zivilgesellschaft (22.10.2024): Die Zivilgesellschaft spielt eine zentrale Rolle in den EU-Verhandlungen der Republik Moldau. Das Training in Chişinău bot Vertreter:innen der moldauischen Zivilgesellschaft die Möglichkeit zum Austausch und zur Stärkung ihrer Kapazitäten.

EU-Trainingsprogramm

Publikationen

- CAPACITY4EU Videos und TV-Debatten (09.12.2024): Vor welchen Herausforderungen steht Moldau auf dem Weg in die EU? Welche Desinformationen werden in diesem Zusammenhang verbreitet? Antworten und Richtigstellung von Falschinformationen liefern die CAPACITY4EU Videos und TV-Debatten.

Videos und TV-Debatten



Laufzeit

01.07.2024 – 30.06.2025

- Moldaus Weg in die EU: Erkenntnisse des Local Dialogues in Glodeni (26.11.2024): Welche Rolle spielen Regionen und lokale Behörden in den EU-Beitrittsverhandlungen? Welche wirtschaftlichen Chancen entstehen in ländlichen Gebieten durch den EU-Beitritt? Erkenntnisse aus dem dritten lokalen Dialog in Moldau.

Local Dialogue in Glodeni



- CAPACITY4EU Reise in die Republik Moldau (18.12.2024): Was erwartet die Republik Moldau zum Jahreswechsel? Noch unter dem frischen Eindruck des EU-Referendums und der Präsidentschaftswahlen war eine Gruppe deutscher zivilgesellschaftlicher Vertreter:innen in Moldau, um einen Blick auf die Herausforderungen im Jahr 2025 zu werfen.

Capacity4EU Reise



Team



Prof. Dr. Funda Tekin Dominic Maugeais Laura Worsch

Kooperation / Förderung



Civil Society STAR Initiative

In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Georgien verschlechtert. Die Civil Society STAR Initiative zielt darauf ab, georgische CSOs als nachhaltige, transparente, verantwortliche und resiliente Entwicklungsakteure zu stärken.

In Georgien gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs), die in zentralen gesellschaftlichen Bereichen tätig sind. Aufgrund des begrenzten Zugangs zu staatlicher Finanzierung sind lokale CSOs jedoch weitgehend von internationalen Geldgeber:innen abhängig. Zudem leiden sie unter schwachen organisatorischen Kapazitäten und mangelnder Verbindung zur breiten Öffentlichkeit. Ihr Einfluss bleibt daher begrenzt.



Die Civil Society STAR Initiative zielt darauf ab, diese Defizite zu reduzieren, um den Einfluss der Zivilgesellschaft als Entwicklungsakteur in Georgien in drei

Dimensionen nachhaltig zu erhöhen: die externe Dimension soll ein günstigeres Umfeld der regulatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen. In der intermediären Dimension liegt der Fokus auf der Anbindung der zivilgesellschaftlichen Organisationen an die Bürger:innen vor Ort und damit einer größeren öffentlichen Anerkennung. Im Rahmen der internen Dimension sollen die Kapazitäten der einzelnen CSOs verbessert werden.

In Zusammenarbeit mit dem Center for Strategic Research and Development of Georgia (CSR DG) unterstützt das IEP die Initiative im Rahmen des "CSO Knowledge Lab for EU-Georgia Association Agreement (EU-GEO AA)".

Mit der Durchführung von Trainings für CSOs, die in sektoralen Bereichen des EU-Georgien-Assoziierungsabkommens aktiv sind, sollen ihre Professionalisierung, Vernetzung und Advocacy-Fähigkeiten verbessert werden.

Das Projekt wird unter Leitung der Konrad-Adenauer-Stiftung und in Zusammenarbeit mit einer Reihe lokaler CSOs als Partner durchgeführt, und mit Mitteln der Europäischen Kommission sowie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Laufzeit

01.02.2019 – 31.01.2025

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



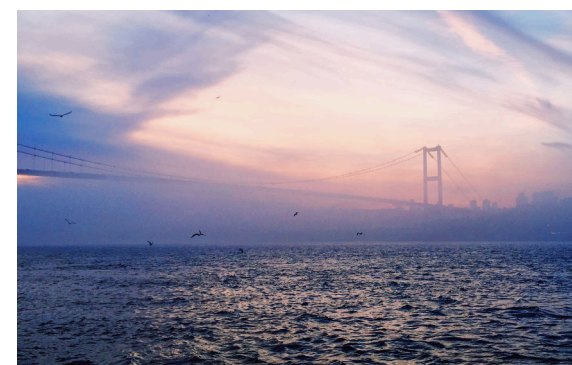
Dominic Maugeais

Kooperation / Förderung



EU-Turkey Bridge – Eine Standing Group zu EU-Türkei Beziehungen

Die EU-Turkey Bridge soll durch kontinuierliche Analysen und Auswertungen weitere Brücken in der EU-Türkei Beziehung bauen. Zudem werden im Rahmen des Projekts Empfehlungen für eine zukünftige stabile Beziehung sowie für ein krisenfreies Narrativ entwickelt.



Die EU-Türkei-Beziehungen sind in vielerlei Hinsicht relevant, gleichzeitig sind sie komplex und konfliktbeladen. Insbesondere in den vergangenen Jahren drohte das Konstrukt der konfliktreichen Kooperation zwischen der EU und der Türkei immer wieder auseinanderzubrechen. Daher hat das IEP gemeinsam mit dem Centrum für Türkei und EU-Studien (CETEUS) die EU-Turkey Bridge gegründet, um sich für einen reflektierten Austausch und eine Vernetzung zu der EU-Türkei-Beziehung einzusetzen.

Die Ko-Vorsitzenden dieser Standing Group sind Senem Aydin-Düzgit (IPC) und Funda Tekin (IEP). Der Vorstand ist durch die Gründungsmitglieder besetzt.



Publikationen

- Policy Brief: The Future of Transactionalism in EU-Turkey Relations after the Elections in Turkey (03.07.2023): Nach den Wahlen in der Türkei wird die EU das Konzept des Transaktionsprinzips in den Beziehungen durch die Hinzufügung von Grundsätzen und Werten überarbeiten müssen, um die variablen Geometrien Europas voll auszuschöpfen. In der Türkei weht der Wind der Kontinuität. Recep Tayyip Erdoğan, der seine Herrschaft auf ein drittes Jahrzehnt ausdehnt, wurde am 28. Mai 2023 in einem knappen Rennen als Präsident der Türkei wiedergewählt, während die AKP-geführte Volksallianz 322 von 600 Sitzen im Parlament erhielt. Assoc. Prof. Dr. Ebru Turhan und Prof. Dr. Funda Tekin gehen der Frage nach, welche Folgen das Wahlergebnis für die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei haben könnte und welche Art von Türkeipolitik die europäischen Akteure in dieser "neuen" Ära verfolgen sollten.

The Future of Transactionalism

Laufzeit

22.04.2021 - andauernd

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Prof. Dr. Senem Aydin-Duzgit



Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Kooperation / Förderung



GEO4EU – Georgian Civil Society for EU Integration



Georgien erhielt im Dezember 2023 den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Der Weg zur EU-Mitgliedschaft ist jedoch schwierig. In diesem entscheidenden geopolitischen Moment unterstützt das GEO4EU-Projekt die georgische Zivilgesellschaft.



Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 hat auch in der georgischen Gesellschaft das kollektive Trauma der russischen Aggression von 2008 wieder aufleben lassen. Während sich die georgische Gesellschaft solidarisch mit der Ukraine zeigte, zögerte die georgische Regierung, Russland zu verurteilen. Für Irritationen sorgten die Abschaffung der Geschlechterquote im Parlament und eine geplante Verfassungsänderung gegen die LGBTQIA+ Community. Die georgische Regierungspartei hat zudem ein „Gesetz über ausländische Agent:innen“ verabschiedet, trotz massiver Proteste der georgischen Bevölkerung und Kritik vonseiten der EU.

Vor diesem Hintergrund zielte das Projekt GEO4EU darauf ab, den demokratischen Transformationsprozess und den überparteilichen sozialen Dialog in Georgien durch zivilgesellschaftliche Unterstützung europäischer Reformmaßnahmen auf lokaler Ebene zu fördern und zur Depolarisierung der Gesellschaft

beizutragen. Gleichzeitig unterstützte eine Trainingsreihe zu EU-Integrationsprozessen den Aufbau von Kapazitäten für zivilgesellschaftliche Akteure. Videos, politische Memos und Radiobeiträge zielten ebenfalls darauf ab, das gesellschaftliche Bewusstsein zu schärfen und Desinformationskampagnen über die EU zu widerlegen. Darüber hinaus stand der zivilgesellschaftliche Austausch zu Fragen der EU-Kommunikation und der Bekämpfung von Desinformation im Mittelpunkt des Projekts.

Veranstaltungen & Publikationen

- Policy Dialog und Memo: All Politics is local (23.09.2024): Am 26. Oktober 2024 finden in Georgien Parlamentswahlen statt. Inwieweit werden die Erwartungen der georgischen Bevölkerung auf der lokalen Ebene durch die zur Wahl stehenden Parteien adressiert?

Policy Dialog und Memo



- Policy-Dialog – Local Agendas for the Upcoming Elections (03.10.2024): Party Responses: Welche Themen dominieren den Wahlkampf in Georgien vor den Parlamentswahlen am 26. Oktober? Wie interagiert die Opposition mit der Bevölkerung, insbesondere in den Regionen? Beim zweiten Policy-Dialog haben wir mit Vertreter:innen der georgischen Opposition diskutiert.

Policy-Dialog

- Quo vadis, Georgien? Austauschreise deutscher Expert:innen (03.12.2024): Nach der gefälschten Wiederwahl der georgischen Regierung nehmen Repressionen gegen Zivilgesellschaft und Opposition zu. Nun will die Regierung die EU-Integration bis 2028 aussetzen. Bei der GEO4EU Austauschreise haben sich deutsche Expert:innen ein Bild der Lage verschafft.

Austauschreise

- Video: Die Bedeutung von freien und fairen Wahlen in Georgien (24.10.2024): Was bedeutet die EU-Empfehlung, freie und faire Wahlen abzuhalten, für Georgien? Das erste GEO4EU-Video befasst sich mit diesem Thema und seiner

Bedeutung für die demokratische Entwicklung Georgiens ebenso wie für eine potenzielle EU-Mitgliedschaft des Landes.

Video



- Radio-Debatte: EU-Erweiterungsbericht zu Georgien (31.10.2024): Driftet Georgien weiter von der EU weg? Die Radio-Debatte thematisiert den EU-Erweiterungsbericht, der Bedenken über demokratischen Rückschritt, Wahlprobleme und die Ausrichtung des Landes an der Außenpolitik der EU äußert.

Radio-Debatte



Laufzeit

01.07.2024 – 30.06.2025

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Laura Worsch



Dominic Maugeais

Kooperation / Förderung



InvigoratEU – New impulses for an enlarged and resilient Europe



Wie sollte die Erweiterungspolitik und die Europäische Nachbarschaftspolitik reformiert werden? Wie können die EU, die Staaten der Östlichen Partnerschaft und der Westbalkan resilienter werden? Das Projekt erarbeitet konkrete Handlungsempfehlungen für eine gestärkte Europäische Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik, die sich an Entscheidungsstragende und an Bürger:innen richten.

Bis Ende 2026 analysiert das Projekt „InvigoratEU – Invigorating Enlargement and Neighbourhood Policy for a Resilient Europe“ unter der wissenschaftlichen Leitung des IEP mit 17 weiteren Partnern aus



insgesamt 16 Staaten die aktuelle Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU.

Erstes Ziel des Projekts ist, zu untersuchen, wie die Erweiterungsstrategie der EU in einer neuen geopolitischen Phase reformieren werden kann. Dazu gehört auch, wie die EU auf die geopolitischen Ambitionen anderer Akteure in der östlichen Nachbarschaft und auf dem westlichen Balkan reagieren kann und wie der Instrumentenkasten der Außenpolitik angesichts einer neuen Ära militärischer Bedrohungen erweitert werden kann. Zweites Ziel des Projekts ist die Erarbeitung einer evidenzbasierten und vorausschauenden Vision für die politische Agenda der EU, wozu ein Foresight-Prozess im Rahmen des Projekts durchgeführt wird.

Zudem soll das Projekt über seine gesamte Dauer hinweg kontextsensitive und umsetzbare Politikempfehlungen für europäische und nationale politische Stakeholder und (junge) europäische Bürger:innen entwickeln. Dazu wird unter anderem eine Meinungsumfrage in der Ukraine durchgeführt sowie ein Foreign Interference Index entwickelt, mit dessen Hilfe der Einfluss Russlands, China, und Türkei in den Kandidatenländern gemessen werden kann. Zudem sind im Rahmen des Projekts Workshops, Youth Labs und Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Akteuren geplant.

Das InvigoratEU Consortium vereint 18 Partner:innen aus ganz Europa, dem Westbalkan und dem Assoziierungs-Trio, sowie ukrainische Exilwissenschaftler:innen, ergänzt durch ein Netzwerk der Zivilgesellschaft und einen wissenschaftlichen Beirat mit Vertreter:innen aus den Zielregionen. Das Projekt wird von Prof. Dr. Michael Kaeding von der Universität Duisburg-Essen koordiniert.



Die Wissenschaftliche Leitung des Projekts übernimmt Prof. Dr. Funda Tekin, IEP.

InvigoratEU wird als Horizon Projekt von der Europäischen Union gefördert.

Publikationen

- Frank Schimmelfennig/Levan Kakhishvili: Report on EU's enlargement & neighbourhood policy toolbox.
- Funda Tekin/Hannah Brandt/Pol Bargañés/Ramūnas Vilpišauskas: Growing Resilient Together: Reshaping EU-Enlargement and Neighbourhood Policy in a Geopolitical Era.



- Víctor Burguete/Oriol Farrés/Julian Plottka/Kai Ole Vorberg: Western Balkans and Eastern Partnership candidate countries' path to the EU: present and future. Horizon scanning for InvigoratEU's visioning process.

Publikationen



- Funda Tekin/Hannah Brandt: Analytical Glossary (detailed and concise definitions, terminology, concepts and benchmarks as key reference document for InvigoratEU research).
- Ramūnas Vilpišauskas/Sergejs Potapkins/Svitlana Chekunova/Danijela Jacimovic, Gocha Kardava/Marco Siddi/Nana Tabagua: Long Policy Report on rules alignment of protecting critical infrastructure in interdependent states.
- Marko Todorović: Long Policy Report on Russia's ambitions and leverage.

Veranstaltungen

- Europas Zukunft: InvigoratEU Kick-Off Konferenz in Tiflis: Geopolitik, Modernisierung und Europas Zukunft. Wie soll die EU-Erweiterungspolitik zukünftig gestaltet werden? Die Kick-Off Konferenz in Georgien eröffnet das InvigoratEU Projekt und vereint europäische, institutionelle, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Perspektiven.

Kick-off Konferenz

Laufzeit

01.01.2024 – 31.12.2026

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Hannah Brandt



Julian Plottka

Kooperation / Förderung



NEXT4EU – Young generation for EU integration



Die Republik Moldau ist seit Juni 2022 offiziell Beitrittskandidat für die Europäische Union. Das Projekt NEXT4EU unterstützt die Zivilgesellschaft bei der Begleitung europäischer Reformen und insbesondere die junge Generation dabei, sich für den Integrationsprozess einzusetzen.

Die Republik Moldau befindet sich im Kontext einer geopolitischen Zeitenwende, ausgelöst durch Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, weiterhin auf einem pro-europäischen Reformkurs. Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus ging jedoch mit einer Reihe an Reformbedingungen einher.

Eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in die politischen Entscheidungsprozesse war eine der insgesamt neun Bedingungen. Es bedarf daher der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung und Stärkung des Dialogs mit Regierung und Parlament, um die benötigten Reformen umzusetzen und diese an die breite Bevölkerung zu kommunizieren.

Obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung in der Republik Moldau die EU-Mitgliedschaft befürwortet, bleibt das Land nach Sprachen und Bevölkerungsgruppen getrennt und ist daher besonders anfällig für Desinformationskampagnen. Es ist daher wichtig, das Verständnis für den Europäischen Integrationsprozess zu fördern und auch in EU-kritischen Bevölkerungsteilen Zustimmung zu gewinnen.



Das Projekt NEXT4EU hat das Ziel, den demokratischen Transformationsprozess in Moldau weiter zu unterstützen. Dazu werden Maßnahmen ergriffen, um junge lokale zivilgesellschaftliche Changemaker zu stärken und Reformmaßnahmen zu begleiten. Videos und Fernsehdebatten sollen zur Aufklärung beitragen und Desinformationskampagnen in Bezug auf die EU und ihre Werte entkräften. Zudem steht der Austausch zwischen der Zivilgesellschaft im Fokus, um Fragen zur EU-Kommunikation und der Entgegnung von Desinformation zu diskutieren. Das Projekt zielt darauf ab, voneinander zu lernen und Zukunftsperspektiven zu schaffen.

Veranstaltungen & Publikationen

- Policy Dialogues zu europäischen Reformprioritäten (02.02.2024) Moldau arbeitet weiter an der Umsetzung der neun europäischen Reformprioritäten. Deren Implementierung auf der lokalen Ebene war Gegenstand unserer NEXT4EU Policy Dialogues.

Policy Dialogue



- NEXT4EU Exchange Visit in Berlin (25.06.2024) Kurz nach den Wahlen zum Europäischen Parlament haben Vertreter:innen der moldauischen Zivilgesellschaft Berlin zu einem Networking-Besuch und Austausch über die EU-Integration Moldaus besucht.

Exchange Visit



- NEXT4EU Videos und TV-Debatten (20.02.2024) Vor welchen Herausforderungen steht Moldau auf dem Weg in die EU? Welche falschen Narrative werden in diesem Zusammenhang verbreitet? Und wie kann die Jugend in den Europäisierungsprozess einbezogen werden? Diese Fragen behandeln die NEXT4EU Videos und TV-Debatten.

NEXT4EU Videos

- NEXT4EU Perspektiven auf Moldaus EU-Integration (18.03.2024) Zum Gipfel des Europäischen Rats am 21./22. März 2024 werden Moldaus Fortschritte mit Blick auf die EU-Beitrittsverhandlungen geprüft. In vier Beiträgen werfen Teilnehmende unserer NEXT4EU-Reise einen Blick auf bestehende Herausforderungen für Moldaus EU Integrationsprozess.

Perspektiven



- Mehrtägiges EU-Trainingsprogramm für die moldauische Jugend (04.07.2024) Junge Menschen spielen eine entscheidende Rolle in der demokratischen Entwicklung Moldaus. Im Rahmen eines mehrtägigen EU-Trainingsprogramms haben sich junge Moldauer:innen mit dem Europäisierungsprozess ihres Landes beschäftigt.

Trainingsprogramm

Laufzeit

01.07.2023 - 30.06.2024

Team



Prof. Dr.
Funda Tekin



Dominic Maugeais



Laura Worsch

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



CIVIL
SOCIETY
COOPERATION

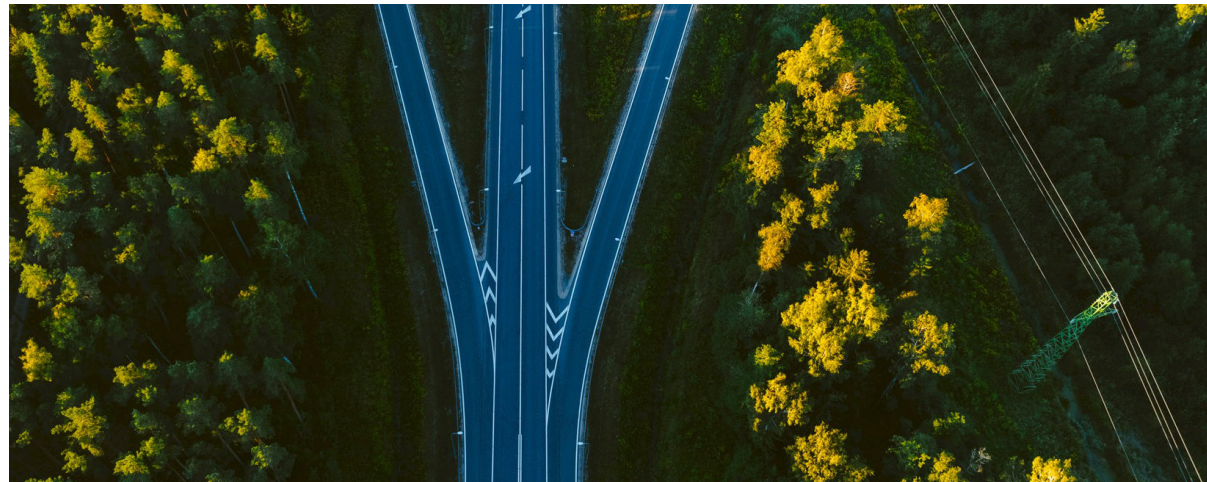


IPRE
Institutul de Politici
și Reforme Europene
ipre.md



IPIS

Pathways to Progress



Für eine gelungene EU-Integration der Ukraine ist eine enge Zusammenarbeit bei Reformen in Rechtsstaatlichkeit und Grundwerten entscheidend. Politische Dialogveranstaltungen in Kyjiw, und Berlin fördern diese und ermöglichen eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Die im Jahr 2020 von der EU-Kommission angepasste Erweiterungsmethodik legt einen besonders starken Fokus auf rechtsstaatliche Prinzipien und Grundwerte. Fortschritte in diesen Bereichen, die im sogenannten „Grundlagencluster“ gebündelt sind, bestimmen demnach das Gesamttempo der Beitrittsverhandlungen. Für einen erfolgreichen Beitrittsprozess ist die enge Zusammenarbeit mit der EU und der Erfahrungsaustausch mit Mitgliedsländern wie Deutschland als einem der



Gründerstaaten von entscheidender Bedeutung. Ein intensiver Austausch, insbesondere in Bezug auf die Kapitel 23 und 24, die sich mit zentralen Aspekten der Rechtsstaatlichkeit befassen, ist dabei unverzichtbar.

Das Projekt „Pathways to Progress: Germany-Ukraine Dialogues on Rule of Law for EU Accession“ fördert einen strukturierten politischen Dialog zu den Kernkapiteln des „Grundlagenclusters“, um ein gemeinsames Verständnis für die erforderlichen



rechtlichen und institutionellen Reformen zu entwickeln. Es ermöglicht einen vertrauensvollen Austausch zwischen den Regierungen und Parlamenten, um potenzielle Hürden zu identifizieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die zu Verhandlungsfortschritten führen. Zudem werden gezielt nationale und internationale Expert:innen aus der Zivilgesellschaft in den Prozess einbezogen.



Die Schwerpunkte liegen dabei auf der rechtsstaatlichen Absicherung der elektoralen Demokratie, der Förderung der Justizreform und dem Rechtsrahmen für Migration, auch mit Blick auf das Humankapital der Ukraine.

Über die Projektdauer von 17 Monaten werden eine Kick-Off-Konferenz in Berlin, eine Closed-Door-Diskussion und zwei Multistakeholder-Dialoge in Kyjiw und Berlin stattfinden. Zusätzlich werden zwei

Veranstaltungen

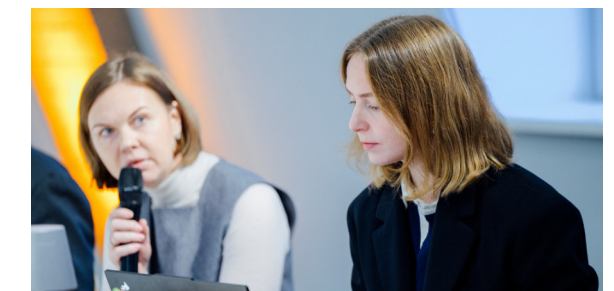
- Expert Exchange: Germany-Ukraine Dialogues on Rule of Law for EU Accession: Beim Fachaus-tausch zur Ukraine am 12. Dezember 2024 in Berlin diskutierten Expert:innen den Stand der Reformen sowie die Rolle der Zivilgesellschaft im EU-Beitrittsprozess der Ukraine.

Policy Dialogue



Analysen zur rechtlichen Regelung der ukrainischen Migrationspolitik und der Rolle der deutsch-ukrainischen Beziehungen im Kontext der EU-Integration der Ukraine veröffentlicht.

Das Projekt wird in enger Kooperation mit dem Civil Network Opora (Kyjiw) durchgeführt. Es wird im Rahmen des Projekts „Strengthening Ukraine's EU Alignment in the Rule of Law“ (3*E4U) der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Auswärtigen Amtes gefördert.



Laufzeit

01.08.2024 - 31.12.2025

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Ljudmyla Melnyk



Laura Christoph



Dominic Maugeais

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Podcast UkraineMEMO



Mit dem Podcast „UkraineMEMO: Interviews, Analysis, Policy Advice“ zeigt das IEP neue Perspektiven auf die Ukraine. Mit Gästen aus Deutschland und der Ukraine diskutieren Ljudmyla Melnyk und Nataliya Pryhorynyska neue Entwicklungen und langfristige Trends in der ukrainischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und geben somit einen Einblick in die Geschehnisse vor Ort, die das Land bewegen.

Einen besonderen Platz nehmen in UkraineMEMO Analysen der russischen Aggression gegen die Ukraine sowie die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine ein.

Das Format stärkt ukrainische Stimmen und regionale Expertise im deutschen Diskurs und ermöglicht Wissenstransfer.

UkraineMEMO wurde im Jahr 2024 im Rahmen des Projekts „UA Transformation Lab“ produziert und vom Auswärtigen Amt gefördert. Das Projekt stärkt ukrainische Think-Tanks als zivilgesellschaftliche Akteure und vertieft ihre Zusammenarbeit mit lokalen Regierungen. Es fördert den Austausch zwischen deutschen und ukrainischen Think-Tanks und den bilateralen Dialog.



UkraineMEMO #19

Podcastfolgen

- #19 UkraineMEMO: 10 Jahre Euromaidan – die anhaltende Revolution der Würde (22.02.2024): 013/2014 haben Millionen Menschen in der Ukraine für die Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und die EU-Perspektive des Landes demonstriert. Ereignisse, die als Euromaidan oder Revolution der Würde in die Geschichte eingingen und das Land und die Gesellschaft bis heute prägen.

- #20 UkraineMEMO: 10 Jahre Annexion der Krim – Russlands hybrider Krieg (18.03.2024): Russland setzt gezielt Desinformation im Krieg gegen die Ukraine ein. Im Podcast diskutieren wir die Rolle von Nachrichtenagenturen, den sozialen Medien und der Zivilgesellschaft für die öffentliche Wahrnehmung des Kriegs und die Situation auf der Krim.

UkraineMEMO #20

- #21 UkraineMEMO: Die Hasssprache als Vorbote der Gewalt (31.05.2024): Kann die Sprache Anzeichen für eine mögliche Aggression liefern? In dieser Folge sprechen wir über die Rolle der Sprache in Konflikten allgemein und versuchen, aus kulturwissenschaftlicher Perspektive die Ursachen der russischen Aggression gegen die Ukraine zu analysieren.

UkraineMEMO #21



- #22 UkraineMEMO: „Mir ist wichtig, dass dieses Land in seiner Komplexität verstanden wird.“ (20.06.2024): Was macht die Ukraine aus und warum werden bestimmte Ereignisse in Deutschland falsch interpretiert? In der aktuellen Podcast-Folge sprechen wir über das verkürzte Ukraine-Bild hierzulande und die Fortschritte, die in dieser Hinsicht seit dem Krieg gemacht wurden.

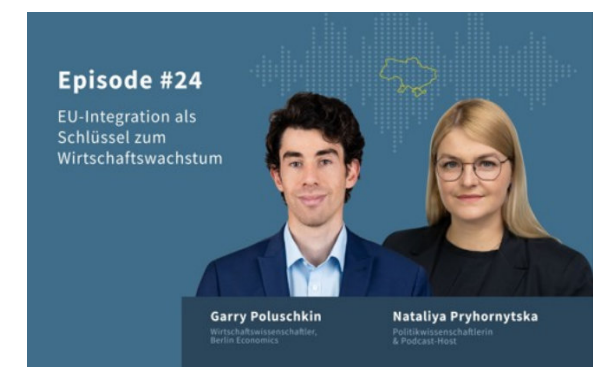
UkraineMEMO #22

- #23 UkraineMEMO: URC 2024 - Vereint für den Wiederaufbau (30.07.2024): Welche neuen Schwerpunkte wurden bei der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine in Berlin gesetzt? In der aktuellen Podcast-Folge sprechen wir über die Ergebnisse der Konferenz und analysieren dabei die Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft, regionaler Akteure und der Diaspora.

UkraineMEMO #23

- #24 UkraineMEMO: EU-Integration als Schlüssel zum Wirtschaftswachstum (18.09.2024): Resilienz, Ressourcen und Reformen sind zentral für die ukrainische Wirtschaft, um die Herausforderungen des russischen Krieges zu bewältigen und den EU-Beitritt vorzubereiten. Wir sprechen über die wirtschaftliche Lage und Unterstützungsmöglichkeiten internationaler Partner.

UkraineMEMO #24



Laufzeit

01.08.2019 - 30.11.2024

Team



Ljudmyla Melnyk



Nataliya Pryhorynyska



Laura Christoph



Gregor Sawal

Kooperation / Förderung



UA Transformation Lab – Think tanks for Ukraine's reconstruction and EU integration



Das UA Transformation Lab verbindet Forschung zu Wiederaufbau und EU-Integration der Ukraine mit einem Capacity-Building-Programm rund um Policy-Analyse und Advocacy. Es stärkt den bilateralen Dialog und den Wissenstransfer zwischen Deutschland und der Ukraine.

Die ukrainische Zivilgesellschaft hat sich trotz des andauernden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine als resilient erwiesen. Insbesondere Think-Tanks kommt eine Schlüsselrolle bei der Transformation und EU-Integration der Ukraine zu, da sie die ukrainische Regierung in Kriegszeiten analytisch unterstützen, kontrollieren und den Wiederaufbauprozess im Sinne einer weiteren Anbindung an die EU begleiten. Mit Blick auf das aktuell vorherrschende Kriegsrecht, das zu einer gewissen Intransparenz bei der politischen Entscheidungsfindung führt, ist es sehr wichtig, Gelegenheitsfenster für die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und der Politik zu nutzen. Es bedarf eines nationalen strategischen Ansatzes für den Wiederaufbau, bei dem auch lokale Akteur:innen beteiligt werden. Durch die im Rahmen des Projekts geplante Forschung werden diese Kooperationen und somit demokratische Mechanismen gefördert.

Gezieltes Capacity-Building im Rahmen des UA Transformation Labs stärkt die analytischen Kompetenzen ukrainischer Nachwuchswissenschaftler:innen und befähigt sie, effektive Advocacy-Arbeit für ein ukrainisches und internationales Publikum zu betreiben. Bei den Deutsch-Ukrainischen Frühstücksgesprächen diskutieren ukrainische und deutsche Expert:innen sowie Entscheidungsträger:innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

abwechselnd in Berlin und Kyjiw zu aktuellen Entwicklungen in beiden Ländern.

Der Podcast UkraineMEMO und regelmäßig erscheinende Infografiken zu den wichtigsten Aspekten der bilateralen Zusammenarbeit tragen zum Wissenstransfer zwischen der Ukraine und Deutschland bei.

Das IEP führte die Aktivitäten mit den Kyjiwer Think-Tanks Cedoss, der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation und dem New Europe Center durch. Das UA Transformation Lab wird vom Auswärtigen Amt gefördert.

Aktivitäten

Veranstaltungen

- 3. Deutsch-Ukrainisches Frühstücksgespräch x *Ukraine Insights* (21.03.2024): Welche Folgen hatte die russische Besetzung für die Menschen auf der Krim, für die Ukraine und für die ge-



samte Region? Beim 3. Deutsch-Ukrainischen Frühstücksgespräch in Kooperation mit dem Zentrum Liberale Moderne und Ukrainian Prism wurden diese Herausforderungen diskutiert.

3. Frühstücksgespräch

- 4. Deutsch-Ukrainisches Frühstücksgespräch (25.04.2024): Wie ist der aktuelle Stand der deutsch-ukrainischen Sicherheitskooperation und welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, die eingefrorenen russischen Assets zu konfiszieren und der Ukraine zur Verfügung zu stellen? Diese Fragen wurden am 25. April 2024 in Kyjiw diskutiert.

4. Frühstücksgespräch



- 5. Deutsch-Ukrainisches Frühstücksgespräch (05.07.2024): Wie ist die deutsche Position zu einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und wie wird die verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit der Ukraine in Zukunft aussehen? Diese und weitere Fragen wurden beim Frühstücksgespräch am 5. Juli 2024 in Kyjiw diskutiert.

5. Frühstücksgespräch

- 6. Deutsch-Ukrainisches Frühstücksgespräch (11.07.2024): Wie ist die wirtschaftliche Situation der Ukraine? Wie entwickeln sich einzelne Regionen und welche Prioritäten setzt das Land

im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen? Diese und weitere Fragen wurden beim Frühstücksgespräch am 11. Juli 2024 in Berlin diskutiert.

6. Frühstücksgespräch



- Study Trip 2024 nach Berlin (16.-19.07.2024): Der Study Trip zum Thema internationale Kooperation und Advocacy bot jungen Vertreterinnen ukrainischer zivilgesellschaftlicher Organisationen Einblicke in die Berliner Think-Tank-Landschaft sowie die Zusammenarbeit mit der Politik.

Study Trip 2024

- UA Infosheets: Die deutsch-ukrainischen Beziehungen und zentrale Entwicklungen in der Ukraine in ihrer Komplexität verstehen – die kompakten Infosheets führen Perspektiven aus beiden Ländern zusammen und tragen zu gegenseitigem Verständnis und Wissenstransfer bei.

UA Infosheets

Research Project Facilitator

Der Research Project Facilitator als Teil des UA Transformation Labs zielte vor allem darauf ab, kollaborative Ansätze zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Behörden in der Ukraine zu fördern.

Insgesamt haben sich 64 Organisationen auf die Ausschreibung beworben. Die drei überzeugendsten Einsendungen erhielten jeweils 5.000,00 Euro für ihre Forschung und die Veröffentlichung der Ergebnisse bis Sommer 2024. Zudem erhalten sie beratende Unterstützung von Expert:innen aus den Netzwerken des IEP und Cedoss und nahmen an einer Reihe von Workshops zur Verbesserung des Forschungsdesigns, dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung teil. Zudem werden Schulungen zu Policy-Analyse und Advocacy-Kommunikation in Kriegszeiten angeboten. Die Ergebnisse der drei geförder-

ten Projekte verdeutlichen die Notwendigkeit, eine Balance zwischen unmittelbarem Wiederaufbaubedarf und nachhaltigen Strategien mit Blick auf die EU-Integration des Landes zu finden und geben wesentliche Impulse für die lokale Politikgestaltung.

- Syla Hromady – “The Way Home”: Das Paper



befasst sich mit den spezifischen Bedürfnissen von Veteran:innen und ihren Angehörigen in Kolomyia. Aufbauend auf der Analyse und in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, konnte Mitte November 2024 ein solches Veteranenzentrum in Kolomyia eröffnet werden.

- NGO 3.5 % – “Non-refundable education: how small municipalities massively lose young school-grads to migration (and never see them back)”: Das Team der NGO 3.5 % analysierte die Ursachen der Abwanderung junger Schulabsolvent:innen in Mukachevo. Konkrete Vorschläge, um der Abwanderung.
- The Seven Storey Mountain – “Transition: perennials in urban planning and urban design”: Das Forschungspapier untersuchte die Vorteile von klimaresilienten Begrünungsstrategien in Luzk und Nowowolynsk. Öffentliche Diskussionsforen förderten den Dialog mit Bürger:innen

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Ljudmyla Melnyk



Laura Christoph



Gregor Sawal

und trugen zur Auswahl geeigneter Bepflanzung für Pilotflächen bei.

Research Project Facilitator



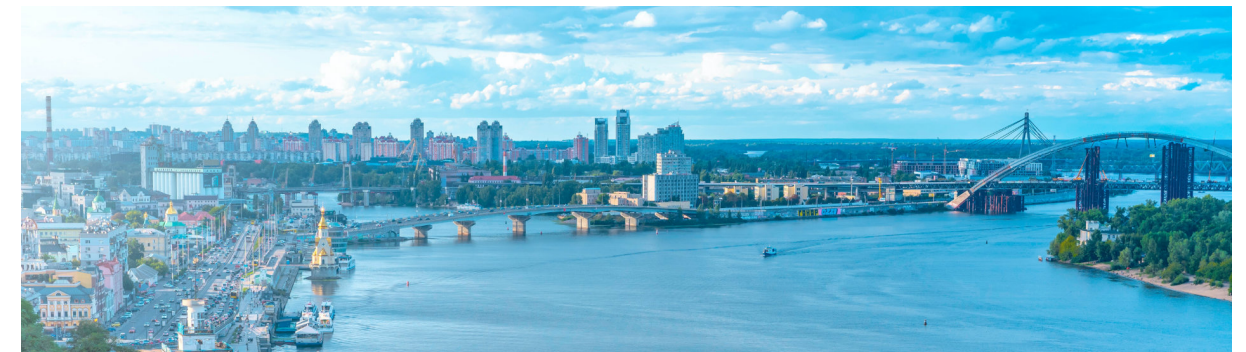
Laufzeit

01.07.2023 - 30.09.2024

Kooperation / Förderung



Ukraine Perspectives – Strategies for Reconstruction and EU Integration



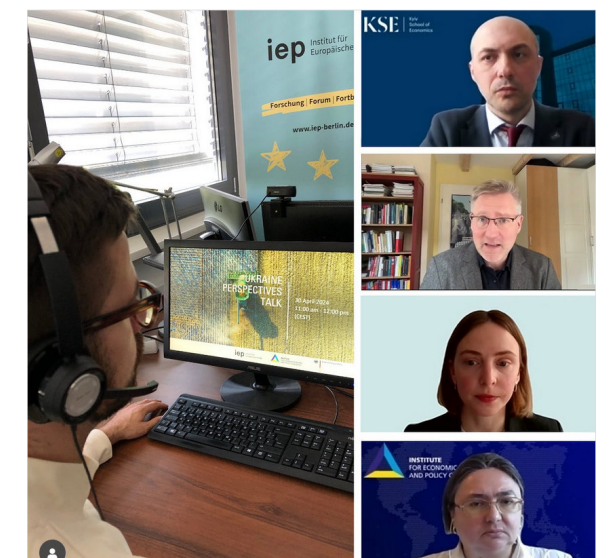
Im Projekt Ukraine Perspectives werden durch policy-relevante Analysen neue Erkenntnisse über den Wiederaufbauprozess und die Potentiale eines EU-Beitritts der Ukraine generiert. Zudem werden ukrainische Stimmen und Regionalexpertise in der deutschen politischen Debatte gestärkt.

Seit 2014 haben sich die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine stetig intensiviert und die deutsche Bundesregierung unterstützt sowohl den Wiederaufbau der Ukraine als auch ihren EU-Integrationsprozess. Durch einen Beitritt der Ukraine könnten sowohl Deutschland als auch die Europäische Union einen geostrategischen Sicherheits-, Agrar- und Exportakteur dazugewinnen und gestärkt aus der Erweiterung hervorgehen.

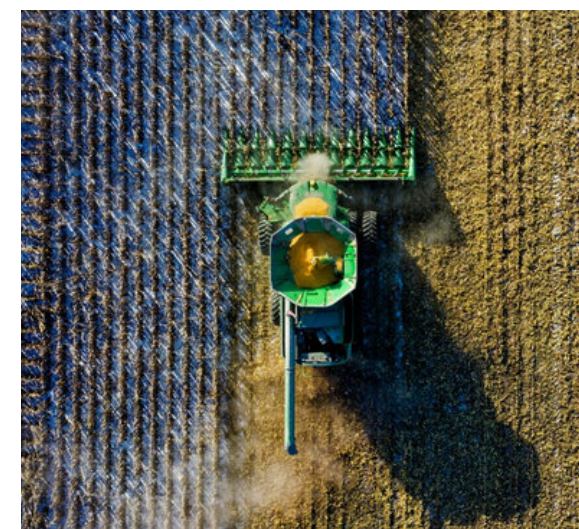
Gleichzeitig mangelt es in Deutschland nach wie vor an detaillierten Analysen in den Bereichen Wirtschaft und Wiederaufbau sowie Reformen in der Ukraine. Die Forschung im Rahmen von Ukraine Perspectives zielt daher darauf ab, einen Beitrag zur Umsetzung effektiverer und nachhaltiger deutscher Strategien zu leisten.

Zu diesem Zweck werden die Wiederaufbau- und Regionalentwicklungsbemühungen durch die beteiligten Akteure sowie die Integrationspotentiale im ukrainischen Agrar- und Digitalsektor analysiert und praktische Empfehlungen an deutsche und europäische Policymaker entwickelt.

Zudem wird der fachliche Austausch durch einen



Expert:innen-Roundtable und das Dialogformat „Ukraine Perspectives Talk“ gefördert. Die Forschungsergebnisse werden durch regelmäßig erscheinende Factsheets kommuniziert. Das Projekt trägt so zur Stärkung ukrainischer Regionalexpertise in Deutschland und der Entstehung neuer Partnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Think-Tanks bei.



Ukraine Perspectives wird gemeinsam mit der ukrainischen Partnerorganisation Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER, Kyjiw) implementiert und vom Planungsstab des Auswärtigen Amts gefördert.

Veranstaltungen

- 1. *Ukraine Perspectives Talk „Assessing the challenges for agri-food public authorities“* (30.04.2024): Die GAP-Reform ist entscheidend für die nächsten EU-Erweiterungsschritte und die Landwirtschaft ein wichtiger strategischer Faktor für die Ukraine. Beim UP Talk hat Dr. Oleg Nivievskyi sein Policy Paper zur Rolle der öffentlichen Institutionen in diesem Prozess präsentiert.

Ukraine Perspectives Talk



Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Ljudmyla Melnyk



Laura Christoph



Gregor Sawal

Publikationen

- EU-Integration der Ukraine: Herausforderungen für öffentliche Institutionen im Agrarsektor* von Dr. Oleg Nivievskyi, Kyiv School of Economics (KSE)

Publikation

- Geberkoordination für Wiederaufbau und regionale Entwicklung in der Ukraine* von Oleksandra Betliy & Iryna Kosse, Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER)

Publikation

- Öffentliche Verwaltung und Open Data: Kooperation von Regierung und Zivilgesellschaft im ukrainischen Reformprozess* von Oleksandra Betliy & Iryna Kosse, Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER)

Publikation

- Beitritt zum digitalen EU-Binnenmarkt - Neue Herausforderungen für die Ukraine* von Lilia Oleksiuk, EU-Ukraine Civil Society Platform/ All-Ukrainian Association "Information Security and Information Technology"

Publikation

Laufzeit

03.11.2023 - 31.03.2025

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt

VisiBYlity for Belarusian democratic actors



Kapazitätsaufbau, Advocacy und Forschung für mehr Aufmerksamkeit für die belarusische Diaspora in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit: Das sind die Kerninhalte von VisiBYlity.

Die Repressionen der staatlichen Behörden gegen die belarusische Zivilgesellschaft im Jahr 2020 zwangen viele Aktivist:innen, Belarus zu verlassen. Mit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 wurde Lukaschenkas Regime zum Kollaborateur in Russlands Krieg gegen die Ukraine. Der demokratische zivilgesellschaftliche Sektor ist zerstört: zivilgesellschaftliche Organisationen sind aufgelöst und Initiativen zerstreut. Tausende Aktivist:innen, die das Land verlassen mussten, nahmen ihre Tätigkeit im Ausland wieder auf, wo sie ihr Leben innerhalb des neuen rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umfelds völlig neu organisieren. Trotz des auf ihnen lastenden Drucks bleiben die Aktivist:innen in Deutschland, Polen, Litauen oder der Ukraine wichtige Akteur:innen beim Aufbau der Demokratie in Belarus.

Das Projekt bot ein Förderprogramm für belarusische Aktivist:innen an, die sich in ihren Projekten und Initiativen mit der demokratischen Entwicklung und europäischen Annäherung von Belarus beschäftigen. Neben finanzieller Unterstützung für die Projekte sollte das Fellowship Potential für Kontaktaufbau und -austausch sein. Mentor:innen begleiteten die Fellows bei ihren Projekten.

Im Rahmen einer Podcast-Serie wird das Engagement belarusischer Aktivist:innen in der deutschen Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Dazu haben auch verschiedene öffentliche Veranstaltungen sowie eine Reihe von Kurzdokumentationen beigetragen. Aufbauend auf dem Vorgängerprojekt *ConnectBY* –

Belarusian Civil Society in Diaspora, zielte VisiBYlity darauf ab, Aktivist:innen in ihrem Einsatz für ein demokratisches Belarus vom Exil aus zu unterstützen. Das IEP führte das Projekt mit der Ukrainian Expert Foundation sowie der belarusischen Initiative RADAR_BY (Research and Action for a Democratic Accountable and Resilient Belarus) durch.

Veranstaltungen & Publikationen

- Zwischen Repression und demokratischer Überzeugung: Perspektiven für die belarusische Zivilgesellschaft (07.05.2024): Welche Zukunftsperspektiven hat die demokratische Bewegung in Belarus und im Exil? Im Rahmen des VisiBYlity Projekts diskutierten wir am 29. April 2024 in der Heinrich-Böll-Stiftung mit deutschen und belarusischen Expert:innen.

Diskussion

- Hintergrundpapiere: "Zwischen Repression und demokratischer Überzeugung: Perspektiven für die belarusische Zivilgesellschaft" (22.05.2024): Die Zivilgesellschaft in Belarus steht vor enormen Herausforderungen, die in zwei Hintergrundpapieren ausführlich analysiert werden. Ersteres beleuchtet die Realität staatlicher Repressionen. Das zweite Papier thematisiert die Rolle und Widerstandsfähigkeit belarusischer Frauen.

Hintergrundpapiere



- Dokumentationen: Die belarusische Diaspora in Deutschland – Alltag in unbekannter Umgebung (21.06.2024): Wie blicken belarusische Menschen, die seit 2020 nach Deutschland kamen, auf ihr neues Leben? In drei Videos, die im Rahmen des VisiBYlity-Projektes entstanden, begleiten wir belarusische Migrant:innen in ihrem Alltag. Welchen Hürden begegnen sie und wie überwinden sie diese?

Dokumentationen

- Abschlusspublikation: Herausforderungen belarusischer Migrant:innen in Europa (31.07.2024): Die Herausforderungen der belarusischen Diaspora sind vielfältig und unterscheiden sich je nach Aufnahmeland. Unsere Forschungsergebnisse analysieren die rechtlichen Rahmenbedingungen belarusischer Migrant:innen in der Ukraine, Litauen, Polen und Deutschland.

Abschlusspublikation

Podcast

- Belarus Insights #1 – Nachhaltige Entwicklungsziele und der Kampf um Daten (04.04.2024): Platz 34 für Belarus – hier geht es nicht um einen internationalen Sportwettbewerb, sondern die Position von Belarus im SDG-Index. Aber wie zuverlässig sind die Daten und Indikatoren zur Bewertung nachhaltiger Entwicklung überhaupt in einem autoritären Regime?

Belarus Insights #1

Team



Prof. Dr.
Funda Tekin



Dominic Maugeais



Laura Worsch

- Belarus Insights #2 – Wenn Geschichte zur Gefahr wird (18.04.2024): Die weiß-rot-weiße Flagge ist das bekannteste Symbol der Proteste 2020 in Belarus. Genau wie andere Symbole haben diese Farben ihren Ursprung in der belarusischen Geschichte – ein Grund mehr für das belarusische Regime, sie zu verbieten.

Belarus Insights #2

- Belarus Insights #3 – "Das Ziel des Regimes war es, die Menschen zum Schweigen zu bringen" (02.05.2024): Musik und Ton waren im Sommer 2020 fester Bestandteil der friedlichen Proteste gegen das belarusische Regime. Wie klang Belarus damals, und welche Geräusche dominieren heute die belarusischen Klangschaften?

Belarus Insights #3

- Belarus Insights #4 – "Das Regime hat uns Frauen nicht ernst genommen" (23.05.2024): Die belarusische Verfassung sei nicht für Frauen gemacht – so äußerte sich Lukaschenka vor den Wahlen im Jahr 2020. Die Teilnahme unzähliger Frauen an den Demonstrationen hat das Gegenteil bewiesen. Aber wie ist die Situation belarusischer Frauen heute?

Belarus Insights #4

- Belarus Insights #5 – Jung und hochqualifiziert: Migration aus Belarus (06.06.2024): Seit dem Jahr 2020 sind hunderttausende Belarus:innen in überwiegend europäische Länder emigriert und suchen dort Anschluss an neue Arbeitsmärkte. In welchen Ländern gelingt dies besser als in anderen, und warum? Das besprechen wir in Folge 5 von Belarus Insights.

Belarus Insights #5

Laufzeit

01.07.2023 - 30.06.2024

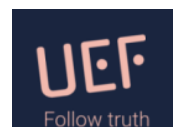
Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



CIVIL
SOCIETY
COOPERATION



Berlin Perspectives



2024 wurden insgesamt vier Berlin Perspectives veröffentlicht.



Für ein soziales Europa! Soziale Konvergenz und der neue Rahmen für wirtschaftspolitische Steuerung (30.01.2024):

Im April 2023 schlug die Europäische Kommission umfassende Reformen des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung vor. Diese sollten steigende Staatsverschuldungen entgegenwirken sowie gleichzeitig nachhaltiges und inklusives Wachstum fördern. Darauf folgende Verhandlungen widmeten sich vor allem potenziellen wirtschaftlichen anstatt sozialen Auswirkungen dieser

Reformen. Dabei gehörten soziale Fragen zu den wichtigsten Anliegen europäischer Bürger:innen vor den europäischen Parlamentswahlen im Juni 2024.

In dieser Ausgabe der Berlin Perspectives untersucht Prof. Dr. Björn Hacker den sozialpolitischen Aspekt des vorgeschlagenen neuen wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens und seiner Fiskalregeln. Er beleuchtet die historische Entwicklung europäischer Sozialpolitik, die Herausforderungen während der Krise in der Eurozone und die anschließenden Bemühungen, ein soziales Europa mit Initiativen wie der Europäischen Säule sozialer Rechte (EPSR) wiederzubeleben.

Sein Beitrag bewertet den starken Fokus auf finanzpolitische Aspekte der Fiskalregeln und die Unverbindlichkeit sozialpolitischer Initiativen kritisch. Außerdem fordert er eine Neugewichtung des deutschen Ansatzes, weg von der traditionellen Konzentration auf Haushaltsstabilität hin zu einer stärkeren Einbeziehung sozialer Fragen.

Abschließend gibt Hacker konkrete Empfehlungen zur Förderung der sozialen Konvergenz in Europa. Diese betreffen die progressivere Haltung des Europäischen Parlaments, den Vorschlag für einen Rahmen für soziale Konvergenz und die Integration von Instrumenten wie SURE (European Instru-



ment for Temporary Support to Mitigate Unemployment Risks in an Emergency) ins europäische Krisenmanagement.

Autor:
Prof. Dr. Björn Hacker

Enabling social convergence in a new European governance framework

Deutschland und die jüngsten EU-Reformvorschläge (02.09.2024):

Die Forderung nach Reformen zur Erhöhung der Handlungsfähigkeit der EU und zur Stärkung ihrer demokratischen Ordnung und Transparenz ist ein Dauerthema, obwohl sie häufig außerhalb der EU-Blase kaum zu hören ist.

In dieser Ausgabe untersuchen Dr. Linn Selle und Fabian Häring die deutsche Haltung zu EU-Reformvorschlägen insbesondere nach der russischen Vollinvasion der Ukraine. Sie erörtern die Notwendigkeit der EU-Erweiterung und innerer Reformen zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit in Europa.

Die deutsche Regierung sollte sich für ein legislatives Initiativrecht des Europäischen Parlaments, die Einführung von mehr qualifizierten Mehrheitsentscheidungen, mehr Transparenz und die Vereinheitlichung eines europäischen Wahlrechts einsetzen. Ein europäischer Konvent würde den Rahmen für diese Schritte zur Verbesserung der

demokratischen Teilhabe und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der EU bieten.

Autor:innen:
Dr. Linn Selle und Fabian Häring

Germany and the latest EU reform proposals



Die Europäische Verteidigungsunion braucht mehr deutschen Antrieb (25.09.2024):

In seiner Zeitenwende-Rede betonte Bundeskanzler Olaf Scholz die Bedeutung Europas als zentralen Handlungsrahmen für die angekündigte Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik. Allerdings fehlt es bislang an einer klaren europäischen Ausrichtung bei der Umsetzung der Maßnahmen. Die bereits erzielten Fortschritte reichen derzeit nicht aus, um den noch größeren Heraus-

forderungen gerecht zu werden.

In dieser Ausgabe der Berlin Perspectives beschreibt Dr. Nicole Koenig wie kurzfristige Vereinbarungen mit Partnern außerhalb Europas, die zurückhaltende deutsche Reaktion auf neue europäische Verteidigungsinitiativen oder die skeptische Haltung gegenüber kreditfinanzierten Lösungen das langfristige Ziel einer einheitlichen europäischen Verteidigungsindustrie untergraben. Sie zeigt auf, wie die Europäische Verteidigungsunion langfristig fahrtauglich werden könne, beispielsweise durch die Erneuerung des Strategischen Kompasses, die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Verteidigung und die Ausweitung gemeinsamer europäischer Investitionen.

Autorin:

Dr. Nicole Koenig

The European Defence Union needs more German drive



Feuer mit Feuer bekämpfen? Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen nach den US-Wahlen (17.12.2024):

Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus könnte den Welthandel erneut mit einer „America First“-Agenda stören. Wiedereinführungen von Zöllen, Bindung kritischer Industrien an die USA und die Verknüpfung von Handel- mit Sicherheitspolitik sind wahrscheinliche Schritte.

In dieser Ausgabe der Berlin Perspectives untersucht Dr. Stormy-Annika Mildner die Auswirkungen dieser Politik auf die EU und insbesondere Deutschland. Sie weist auf Schwachstellen im exportorientierten Wachstumsmodell Deutschlands und der europäischen Wirtschaft im Allgemeinen hin, die durch die Herausforderungen der grünen und digitalen Transformation noch verschärft werden.

Mildner skizziert Prioritäten für die nächste deutsche Regierung in dieser schwierigen Lage: Die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz der EU, die Aufrechterhaltung eines strukturierten Dialogs mit den USA, die Unterstützung einer regelbasierten internationalen Ordnung und der Ausbau globaler Partnerschaften.

Autorin:

Dr. Stormy-Annika Mildner

Fighting Fire With Fire? Transatlantic Economic Relations During the Second Trump Administration

Laufzeit

01.01.2020 – andauernd

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Johanna Hase

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



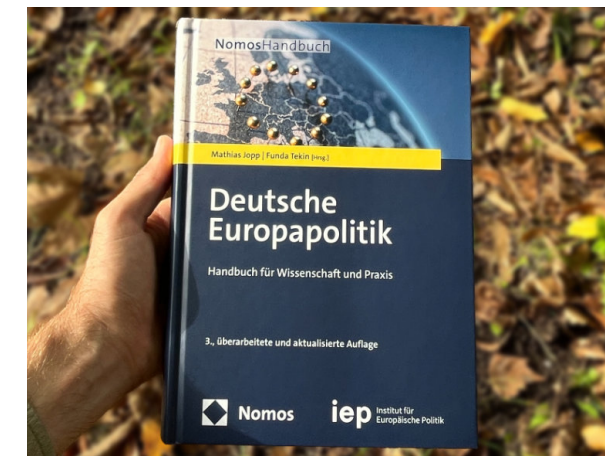
Deutsche Europapolitik – Handbuch für Wissenschaft und Praxis

Das Handbuch gibt einen tiefen Einblick in die Verflechtung Deutschlands mit der EU und zeigt den Einfluss der Bundesrepublik auf europäische Integrations- und Entscheidungsprozesse.

Das Grundlagenwerk richtet sich an alle, die sich wissenschaftlich, politisch und praktisch mit deutscher Europapolitik befassen. Renommierte Autor:innen analysieren Hintergründe und Konzepte deutscher Europapolitik und deren innenpolitischen Bestimmungsfaktoren in zentralen Politikbereichen der EU. Sie zeigen, dass europäische Politik von besonderem Wert und Nutzen sowohl für die politische als auch ökonomische Wirklichkeit Deutschlands ist. Gleichsam hat Deutschland eine einflussreiche Position bei der Gestaltung der europäischen Integration und in EU-Entscheidungsprozessen inne.

Die 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage des „Handbuch zur deutschen Europapolitik“ erschien im September 2024 unter dem neuen Namen „Deutsche Europapolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis“ und in neuem Gewand als Teil der Handbuchreihe des Nomos Verlags.

Die Neuauflage behandelt die Entwicklungen in der deutschen Europapolitik unter der erstmals auf Bundesebene regierenden sogenannten Ampelkoalition und anlässlich der „Zeitenwende“ infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Weitere Neuerungen sind das Kapitel zum Konzept der feministischen Außenpolitik und zur Klimaanpassungspolitik sowie die Ergänzung des Umweltkapitels um Energiepolitik. Eine umfassende Chronologie zeichnet die deutsche Europapolitik von 1946 bis heute nach. Begleitet wird das Handbuch von einem Vorwort der Staatsministerin für Europa und Klima a. D., Dr. Anna Lührmann.



Das Buch erschien als „Handbuch zur deutschen Europapolitik“ erstmals 2016 im Nomos Verlag und 2017 in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb). Die 2. Auflage erschien 2020 beim Nomos Verlag und 2021 bei der bpb.

Das Handbuch wird vom Auswärtigen Amt gefördert. Die Herausgeber:innen sind am Institut für Europäische Politik angesiedelt, das im Rahmen des CERV-Programms 2021–2027 der EU finanziert wird.

Deutsche Europapolitik – Veröffentlichung der dritten Auflage des Handbuchs

Laufzeit

20.07.2016 – andauernd

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Prof. Dr. Mathias Jopp



Sabine Hoscislowski

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Berlin Futures – Strategiegruppe zur Deutschen Europapolitik

Wie können die volatilen transatlantischen Beziehungen gestaltet werden? Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft zeigten Entwicklungspfade auf und erarbeiteten Handlungsempfehlungen für eine Neuausrichtung der deutschen Europapolitik.

Die Anforderungen an politische Entscheidungsträger:innen sind im Zuge der Krisenerfahrungen der vergangenen Jahre deutlich gestiegen. Die Relevanz einer zukunftsorientierten Politikausrichtung, der krisenbezogenen Anpassungsfähigkeit politischer Lösungsansätze und des agilen Handelns politischer Akteure wächst mit.

Zur Unterstützung der Krisenfähigkeit deutscher Europapolitik bringt die Strategiegruppe „Berlin Futures“ einen kleinen Kreis von Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft zusammen, um mithilfe innovativer und interaktiver Methoden der vorausschauenden Politikplanung ("Foresight Studies") neue zukunftsgerichtete Ideen und Impulse für die deutsche Europapolitik und die Zukunft des europäischen Projekts zu entwickeln.

In ihrem dritten Zyklus beschäftigt sich die Strategiegruppe mit der Zukunft der transatlantischen Beziehungen. Die zweite Präsidentschaft von Donald Trump stellt die transatlantischen Beziehungen erneut auf die Probe. Wie entwickelt sich das zukünftige Verhältnis zwischen Washington und Berlin und welche strategischen Ansätze bedarf es für eine produktive Kooperation?

Vor diesem Hintergrund fand am 12. Dezember 2024 unter Leitung von Prof. Dr. Funda Tekin und Prof. Dr.



Gaby Umbach die konstituierende Sitzung der IEP-Strategiegruppe Berlin Futures statt. Mithilfe von Methoden der strategischen Vorausschau wurden mögliche Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen in nächster Zukunft diskutiert. In zwei geplanten Folgesitzungen im Jahr 2025 werden deren Auswirkungen auf Deutschland und Europa erörtert und strategische Handlungsempfehlungen entwickelt. Der Strategiegruppe sitzen Christoph Wolfrum, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, und Prof. Dr. Gaby Umbach, Europäisches Hochschulinstitut Florenz und Mitglied des Wissenschaftlichen Direktori-ums des IEP, vor. Das IEP kooperiert im Rahmen der Strategiegruppe mit dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz.

Berlin Futures 2024

Laufzeit

01.01.2020 – andauernd

Team



Prof. Dr. Gaby Umbach



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Tobias Hofelich



Dr. Johanna Hase



York Albrecht

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by
the European Union

DNBF – 16. Jahrestagung des Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums



Ausgehend von einem großen Diskussionsbedarf zwischen Deutschland, den baltischen und den nordischen EU-Mitgliedstaaten, bietet das vom IEP jährlich organisierte DNBF seit 2008 Experten:innen aus den Ländern der Region die Möglichkeit, sich über aktuelle Themen auszutauschen. 2024 fand das Forum in Vilnius statt.

Angesichts gemeinsamer lokaler, europäischer und globaler Herausforderungen kann Kooperation zwischen Deutschland, den nordischen und baltischen Staaten eine wichtige Rolle spielen. Die Wiederwahl Donald Trumps hat die Notwendigkeit europäischer Einheit erneut in den Fokus gerückt. Die einst als selbstverständlich geltende transatlantische Zusammenarbeit zeigt Brüche. Daher müssen europäische Staaten Strategien entwickeln, um unabhängig von der politischen Führung im Weißen Haus schnell und entschlossen handeln zu können.

Dabei sind auch technische Aspekte relevant. Potenzielle Ausfälle kritischer Infrastrukturen verdeutlichen die Bedeutung robusten Schutzes, insbesondere angesichts moderner Bedrohungen wie



Drohnen- und Cyberangriffen auf Energie- und Unterwasserinfrastrukturen. Die Eingliederung der baltischen Staaten in das europäische Stromnetz 2025 markiert hierbei einen großen Fortschritt und unterstreicht die Notwendigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit gemeinsam zu denken. Gleichzeitig hat auch die EU-Erweiterung neue, geopolitische Dringlichkeit erhalten. Dennoch sind weder die EU noch die Beitrittskandidaten bereit für eine Umsetzung, was starke Verzögerungen und Gefahren für beide Seiten birgt. Bei all diesen Themen verschwimmen häufig die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik. Emotionale Haltungen vieler Menschen zu außenpolitischen Fragen können auch innenpolitisch zu gesellschaftlicher Polarisierung führen. Wenn sie zu stark wird, kann sie lang-





fristig demokratische Grundlagen gefährden. Dies sind nur einige der Erkenntnisse aus dem 16. Deutsch-Nordisch-Baltische Forum, welches das IEP gemeinsam mit seinem litauischen Partner, dem Institut für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaften der Universität Vilnius (IIRPS), organisierte. Das DNB Forum brachte politische Entscheidungsträger:innen und Expert:innen aus Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Litauen und Schweden in Vilnius zusammen, um über gemeinsame Herausforderungen und Interessen zu diskutieren.



Den Kern des Forums bildeten vertrauliche Expert:innengespräche. Zum Auftakt begrüßten die Direktorin des IEP, Prof. Dr. Funda Tekin, und der Stellvertretende Direktor für Wissenschaft und Forschung des IIRPS, Dr. Vilius Mačkinis, Teilnehmende zu einer öffentlichen Veranstaltung. Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis hielt die Keynote über

die Sicherheits- und Verteidigungskooperation in der EU und NATO, welche im Anschluss mit dem deutschen Botschafter in Litauen, Dr. Cornelius



Zimmermann, und der Pro-Vizekanzlerin und Forschungsleiterin der Swedish Defense University, Prof. Dr. Malena Britz, debattiert wurde. Per Videobotschaft begrüßten auch die litauische Premierministerin Ingrida Šimonytė und die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt für Europa und Klima, Dr. Anna Lührmann, die Teilnehmenden.

DNBF 2024

Laufzeit

01.01.2008 – andauernd

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Johanna Hase



Wiebke Stimming



Julia Winter

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by the European Union



Spinelli Forum 2024 – Deutsch-Italienischer Nachwuchsführungskräfte-Dialog



Das Spinelli Forum setzt sich zum Ziel, die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland langfristig zu stärken. Junge Nachwuchsführungskräfte aus beiden Ländern entwickeln gemeinsam Handlungsempfehlungen für aktuelle europäische Herausforderungen.

Deutschland und Italien sind enge Partner und Gründungsmitglieder der Europäischen Union. Die enge deutsch-italienische Zusammenarbeit ist unverzichtbar für die Bewältigung gemeinsamer europäischer Herausforderungen. Dies betrifft insbesondere die Neugestaltung der europäischen Sicherheitsordnung als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Stärkung der strategischen Autonomie Europas, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Volkswirtschaften im globalen Wettbewerb sowie die erfolgreiche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gestaltung der großen Transformationen Klimawandel und Digitalisierung.



Der „Deutsch-Italienischen Nachwuchsführungskräfte-Dialog – Spinelli Forum“ soll den Austausch zwischen den jungen Generationen beider Länder fördern und ein dauerhaftes Netzwerk für Nachwuchsführungskräfte aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kultur und Medien beider Länder schaffen.

Das Spinelli Forum wurde 2019 auf Initiative des Auswärtigen Amtes und des italienischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit ins Leben gerufen und wird vom IEP und dem Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI) ausgerichtet.

Veranstaltungen

- **Spinelli Forum: Alumni-Ausgabe (18.03.2024)**
Der deutsch-italienische Aktionsplan sieht umfassende bilaterale Zusammenarbeit in strategisch wichtigen Bereichen vor. Teilnehmende der Alumni-Ausgabe des Spinelli Forums 2024 entwickelten in Gruppen zu Growth and Competitiveness, Green Deal and Energy Transition, Defense and Security, sowie Innovation and Technology Vorschläge, wie dies konkret aussehen kann.



Gemeinsam entwickelten sie trilaterale Initiativen zu den Themen Wirtschaft, Digitalisierung und Klimaschutz.

Spinelli Forum 2024: Alumni Ausgabe

- **Spinelli trifft Génération Europe: Stärkung der trilateralen Zusammenarbeit in Rom (16.10.2024)**
In Rom trafen sich junge Führungskräfte aus Deutschland, Italien und Frankreich im Rahmen des Spinelli Forums und Génération Europe.

Spinelli trifft Génération Europe

Laufzeit

01.07.2023 – andauernd



Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Tobias Hofelich



Julia Winter



Julian Rappold

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Ministry of Foreign Affairs
and International Cooperation

ISPI
ITALIAN INSTITUTE
FOR INTERNATIONAL
POLITICAL STUDIES

Europagespräche



Die Europagespräche des IEP bringen Bürger:innen, Entscheidungsträger:innen, Wissenschaftler:innen und die Zivilgesellschaft zusammen, um Herausforderungen und Perspektiven der europäischen Integration zu diskutieren. Damit fördern sie die europapolitische Debatte in Deutschland.

Die Europagespräche möchten informierte Debatten über aktuelle Herausforderungen der europäischen Integration fördern. Dies findet in zwei unterschiedlichen Formaten statt: Die öffentlichen Mittagsgespräche führen in ein aktuelles, europapolitisch relevantes Thema ein. Sie ermöglichen zivilgesellschaftlich Engagierten und einer interessierten Öffentlichkeit, mit politischen Entscheidungsträger:innen und Wissenschaftler:innen in den Dialog zu aktuellen Herausforderungen der europäischen Integration zu treten. Sie fördern damit einen informierten, inklusiven und möglichst breiten Austausch.

Die vertraulichen Expert:innengespräche bieten ausgewiesenen Expert:innen aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft die Möglichkeit zur intensiven Analyse und zur fokussierten Diskussion aktueller politischer Entwicklungen in der EU sowie Trends in der deutschen Europapolitik. Dies ermöglicht neben dem inhaltlichen Austausch auch die nachhaltige Vernetzung unter den Teilnehmenden.

setzen? Diese und andere Fragen diskutierten Expert:innen mit dem Generalsekretär der Trans European Studies Association (TEPSA) Jim Cloos.

Europagespräch 24/1

Reformieren trotz Protesten – Wie sollte die künftige Gemeinsame Agrarpolitik der EU mit der Erweiterung und dem Klimawandel umgehen? (Mittagsgespräch 30.04.2024)

Wie können Reformen der GAP gleichzeitig die Unzufriedenheit der Landwirte, die EU-Beitrittsbestrebungen der Ukraine und die ökologischen Herausforderungen berücksichtigen? Unter anderem durch Transparenz und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, so die Expert:innen.

Europagespräch 24/2



Veranstaltungen

Strategische Neuausrichtung in stürmischen Zeiten (Expert:innengespräch 30.01.2024)

Welche strategischen Prioritäten sollte die EU in Anbetracht der globalen Lage im Europawahljahr 2024



Junge Visionen für Europa (Mittagsgespräch 21.05.2024)

Im Angesicht andauernder Krisen gilt es, junge Menschen prominent in politische Prozesse einzubinden, die besonders ihre Zukunft bestimmen werden. Kurz vor den Wahlen am 9. Juni 2024 diskutierten junge Kandidat:innen ihre unterschiedlichen Visionen für Europa.

Europagespräch 24/3

Der Europäische Rat wird 50! (Expert:innengespräche und Mittagsgespräch 07.11./8.11.2024)

Seit seiner Gründung steht das Gremium der Staats- und Regierungschefs häufig im Mittelpunkt des Geschehens in Brüssel. Heute steht der Europäische Rat angesichts der Vielzahl an innen- und außenpolitischen Herausforderungen vor richtungsweisenden Entscheidungen.

Europagespräch 24/4

Team



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Johanna Hase



Dr. Tobias Hofelich



Julian Rappold

Wiederaufbau der europäischen Sicherheitsarchitektur (Expertinnengespräche 10.10./11.10.2024)

Der russische Angriffskrieg und hybride Bedrohungen unterstreichen die Bedeutung resilienter Demokratien für Europas Sicherheit. Für die Neuausrichtung der europäischen Sicherheitsarchitektur ist es daher wesentlich, Lehren aus der ukrainischen Widerstandsfähigkeit zu ziehen.



tung der europäischen Sicherheitsarchitektur ist es daher wesentlich, Lehren aus der ukrainischen Widerstandsfähigkeit zu ziehen.

Europagespräch 24/5

Deutsche Europapolitik im Umbruch? (Mittagsgespräch 18.12.2024)

Nach dem Superwahljahr 2024 steht die deutsche Europapolitik vor großen Herausforderungen und tiefen Umbrüchen. Im Hinblick auf europäische Außen-, Sicherheits-, und Handelspolitik muss die neue Bundesregierung eine proaktive Europapolitik betreiben.

Europagespräch 24/6

Laufzeit

01.01.2001 – andauernd

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by the European Union

IEP Jahrestagung 2024



Die IEP-Jahrestagung bietet einen Raum, um den Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen zu befördern und wissenschaftliche Analysen zur EU praxisorientiert zu diskutieren.

Die IEP-Jahrestagung 2024 beleuchtete interne Herausforderungen der EU nach den Europawahlen im Juni 2024, ihre Beziehungen zur Nachbarschaft im Kontext der Erweiterung sowie die Position der EU auf der internationalen politischen Bühne. Zur Eröffnung diskutierten Frank Schimelfennig, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums des IEP, und Christoph Wolfrum, Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amts, zentrale Herausforderungen und zeigten auf, wie Wissenschaft und Politik zur Bewältigung der Aufgaben ineinandergreifen können.

Ein Faktor der künftigen Entwicklung der EU ist der gestiegene Einfluss rechtspopulistischer Parteien auch auf europäischer Ebene. Diese Parteien schaffen neue Dynamiken und werden die europäischen Institutionen und ihre Funktionsweise herausfordern. Inwiefern und in welchen Politikbereichen sie europäische Gesetzgebung prägen werden, hängt besonders von dem Verhalten der etablierten Parteien ab.

Damit und mit vielen weiteren Herausforderungen muss auch die neue Kommission umgehen, die Ende 2024 ihr Mandat aufnahm. Einige große Aufgaben machte der Draghi-Report deutlich. Wie die Zusammenarbeit der Kommission mit dem Europäischen Rat und dem Parlament bei der Bearbeitung dieser Aufgaben funktionieren wird, wie beispielsweise der Aushandlung eines neuen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), bleibt abzuwarten.

Ein zentraler Schwerpunkt der neuen Legislaturperiode wird das Vorgehen in Bezug auf die EU-Erweiterung sein. Die Union muss sich dem wachsenden geopolitischen Druck stellen und gleichzeitig den inneren Reformbedarf in der Union und Beitrittskandidaten berücksichtigen. Hierbei wird es entscheidend sein, beide Prozesse in Einklang zu bringen, um sowohl interne Stabilität als auch internationale Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Diese Entwicklungen werden Einfluss auf die Position der EU auf der Weltbühne haben. Angesichts globaler politischer Verschiebungen wird die Union verstärkt in belastbare internationale Partnerschaften investieren und dabei sowohl eigene Stärken und Interessen transparenter machen als auch die Interessen der Partnerstaaten anerkennen müssen.

Die IEP-Jahrestagung 2024 fand am 19. und 20. September in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin und in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Direktorium des IEP statt.

Bericht zur Jahrestagung 2024

Laufzeit

01.01.2002 – andauernd



Team



Prof. Dr. Frank Schimmelfenning



Prof. Dr. Funda Tekin



Dr. Johanna Hase



Wiebke Stimming

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt

Co-funded by
the European Union

Otto Wolff Stiftung



Hintergründe zur Arbeit des IEP

Seit 1959 ist das IEP als gemeinnützige Organisation auf dem Gebiet der europäischen Integration tätig.

Es verbindet in seiner Forschungsarbeit die Analyse aktueller Themen mit der Studie langfristiger Entwicklungen in der Europapolitik. Dabei verfolgt das IEP einen interdisziplinären Ansatz. In seinen Aktivitäten kombiniert das IEP fachspezifischen Wissens- und Kompetenztransfer mit innovativen, interaktiven Methoden, Erfahrungsaustausch und Netzworkebildung. Hierzu dienen virtuelle Veranstaltungen im kleinen Kreis oder unter Einbeziehung der Öffentlichkeit, bei denen wir Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft zusammen bringen.

Mit Blick auf seine Zielgruppen setzt sich das IEP darüber hinaus insbesondere für die Einbe-

ziehung der europäischen Jugend durch die Umsetzung von Jugendbefähigungsprojekten ein.

Das Institut für Europäische Politik ist Gründungsmitglied der Trans European Policy Studies Association (TEPSA) mit Sitz in Brüssel und seit 1962 Mitglied der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD). Das IEP ist wissenschaftlicher Partner der Europa Union Deutschland (EUD), der größten Bürgerinitiative für Europa in Deutschland.

Das IEP wird im Rahmen des Citizens, Equality, Rights and Values Programms 2021-2027 der Europäischen Union finanziert. Es verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk deutscher und internationaler Partner und Förderer (z.B. Auswärtiges Amt, Stiftung Mercator, Horizon Europe).

Kommunikationsaktivitäten – Analyse für 2024



Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird durch die Kommunikationsabteilung in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung fortwährend optimiert und weiterentwickelt. Ziel ist es, den europäischen Gedanken in der Öffentlichkeit zu fördern und zu verbreiten, über europapolitische Entwicklungen zu bilden sowie über IEP-Aktivitäten zu informieren.

Um IEP-Inhalte effizient nach außen zu kommunizieren, werden sowohl interne als auch externe Kommunikationsstrukturen überarbeitet und an neue Techniken und Trends angepasst.

Die Webseite des IEP wurde kontinuierlich weiterentwickelt, um den Besuchern eine benutzerfreundliche Erfahrung zu bieten. Besonderes Augenmerk wurde auf die klare und zugängliche Darstellung der Inhalte gelegt.

Sowohl auf der Website als auch in den Sozialen Medien achtet das IEP darauf, eine einfach verständliche und gendergerechte Sprache zu verwenden, so dass auch komplizierte Inhalte ein breites, diverses Publikum erreichen können. Inhalte werden kurz und prägnant aufbereitet.



Auch trägt eine ausgewogene Anzahl englischer Beiträge dazu bei, ein breiteres, nicht-deutschsprechendes Publikum zu erreichen.

Verstärkt achten wir auf eine vielfältige Verwendung eigener Projekthinhalte. Diese sollen einen inhaltlichen Mehrwert bieten und neben der Information über Projektaktivitäten auch einen Bildungsanspruch verfolgen.

Integraler Bestandteil der IEP-Kommunikationsarbeit sind der monatliche Newsletter und Mailings, die über neue Publikationen informieren. Diese tragen maßgeblich dazu bei, IEP-Inhalte, Veranstaltungen sowie wissenschaftliche Publikationen an das große und internationale Netzwerk des IEP zu kommunizieren.

Besonderes Augenmerk wird auf die digitale Kommunikation gelegt, sowohl auf der IEP-Website als auch auf den Social-Media-Kanälen. Die Nutzung von Instagram Reels und Stories hat es ermöglicht, Bildungsinhalte zu europäischen Integrationsfragen und den Aktivitäten des IEP einem jüngeren Publikum näherzubringen.



Zudem haben wir uns 2024 entschieden, die Social Media Plattform TikTok sowie das neue Medienformat von YouTube (YouTube Shorts) für das IEP zu nutzen. Die verstärkte Präsenz des IEP in den sozialen Medien, insbesondere im Zusammenhang mit wichtigen europapolitischen Veranstaltungen und Konferenzen, hat zu einem signifikanten Anstieg der Seitenaufrufe auf der IEP-Website und zu einem deutlichen Zuwachs an Followern auf den Social-Media-Kanälen geführt.

Dies zeigt die Relevanz und den Mehrwert der Kommunikationsarbeit des IEP.

In Anbetracht der Bedeutung von Reels und Videos in der heutigen Kommunikationslandschaft produzieren wir regelmäßig informative und gut recherchierte Videoinhalte, die auf unseren Social-Media-Kanälen geteilt werden. Diese Videos bieten einen visuellen Einblick in komplexe europapolitische Themen und können eine breitere Zielgruppe – auch

außerhalb der europawissenschaftlichen, akademischen Blase erreichen und für europäische Themen sensibilisieren.

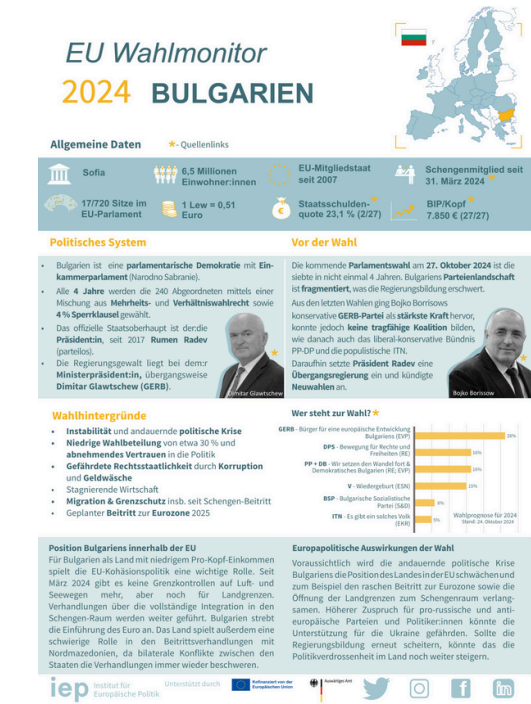
Die fortlaufende Analyse und Auswertung unserer Kommunikationsaktivitäten sind entscheidend für unsere Erfolgsmessung. Wir nutzen Datenanalyse-Tools, um das Engagement, die Reichweite und die Resonanz auf unsere Inhalte zu verfolgen und unsere Strategie fortwährend zu verbessern.

- LinkedIn 4.123 Follower:innen + 28 % im Vergleich zum Vorjahr
- instagram: 1.031 Follower:innen + 24 % im Vergleich zum Vorjahr
- Facebook: 3.867 Follower:innen + 3 % im Vergleich zum Vorjahr
- Twitter/X: 4.300 Follower:innen + 2 % im Vergleich zum Vorjahr



Beispiele für Infobeiträgen sowie Ankündigungen von Veranstaltungen und Publikationen auf den Social-Media-Kanälen des IEP:





Team



Julia Winter



Laura Worsch



Gregor Sawal

Kooperation / Förderung



Auswärtiges Amt



Co-funded by the European Union

iepberlin

iepberlin #Bulgarien wählt am 9. Juni zum sechsten Mal in 3 Jahren eine Regierung - parallel zu den #EU-Wahlen.

Nach den #Wahlen im April 2023 hatte sich eine auf 18 Monate angelegte Koalitionsregierung mit einem geplanten Führungswechsel zur Halbzeit gebildet. Doch im März scheiterte der Amtswechsel, weshalb nun interimsmäßig von Dimitar #Glavchev regiert wird und die Bevölkerung wieder an die Wahlurne muss. Die entscheidende Frage: Kann die politische Instabilität dieses Mal überwunden werden? 🇧🇬

Mehr Infos und mögliche europapolitische Konsequenzen der Wahl findet über den Link in unserer Bio! 📱

Mit Factsheets, Kurzinterviews & Analysen verfolgt der #WahlmonitorIEP nationale #Wahlen der EU-Mitgliedstaaten und deren Auswirkung für Deutschland und #Europa. 🇪🇺

Unterstützt durch das @auswaertigesamt und die @europeancommission.

#WahlmonitorIEP #Bulgarien #Parlamentwahl #Analyse #Europa #IEPberlin #NutzeDeineStimme

65 Wo.

Insights ansehen

Beitrag bewerben



Gremien des IEP

Vorstand (Stand Dezember 2024)

Prof. Dr. Johannes Pollak

Vorstandsvorsitzender des IEP; Rektor der Webster Vienna Private University, Wien

Dr. Wolf-Ruthart Born

Stellvertretender Vorsitzender des IEP; Staatssekretär a.D., Berlin

Dr. Werner Hoyer

Präsident des IEP; Staatsminister a.D.; ehemaliger Präsident der Europäischen Investitionsbank, Köln

Prof. Dr. Frank Schimmelfennig

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums; European Politics, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Andreas Krautscheid

Schatzmeister des IEP; Flint Global Advisors, Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien (NRW) a.D., Berlin

Prof. Dr. Eva Heidbreder

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Prof. Dr. Friedemann Kainer

Vorstandsvorsitzender des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI), Universität Mannheim

Dr. Thomas Steffen

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Ehrenvorsitzender des Vorstands des IEP; Direktor, CETEUS Centrum für Türkei und EU Studien, Jean Monnet Lehrstuhl ad personam, Universität zu Köln

Versammlung der Kuratoren (Stand Dezember 2024)

Dr. Werner Hoyer

Präsident des IEP; Staatsminister a.D.; ehemaliger Präsident der Europäischen Investitionsbank, Köln

Elmar Brok

Vizepräsident des IEP; Mitglied des Europäischen Parlaments a.D.; Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschland, Bielefeld

Prof. Dr. Miriam Hartlapp

Vizepräsidentin des IEP, Freie Universität zu Berlin

Axel Schäfer

Vizepräsident des IEP; ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages; ehemaliger Stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Straßburg

Katrin Albsteiger

Oberbürgermeisterin der Stadt Neu-Ulm, ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages, Ulm

Peter Altmaier

Bundesminister a. D., Rehlingen-Siersburg

Niels Annen, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin

Katarina Barley, MdEP

Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Bundesministerin a.D., Brüssel

Doris Barnett

Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin

Gabriele Bischoff, MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, Brüssel

Prof. Dr. Helge Braun, MdB

Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, Bundesminister a.D., Berlin

Michael Clauß

Botschafter, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, Brüssel

Prof. Dr. Dr. h.c Thomas von Danwitz

Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), Luxemburg

Claudia Dörr-Voß

Ehem. Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Dr. Anne Duncker

Abteilungsleiterin Corporate Social Responsibility, GOLDBECK, Essen

Lena Düpont, MdEP

Mitglied im Europäischen Parlament, Brüssel

Dr. Markus Felsner

Direktor Felsner Artists GmbH, München

Günter Gloser

Staatsminister a.D., Nürnberg

Prof. Dr. Daniel Göler

Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Politik, Universität Passau

Alexander Graf Lambsdorff, MdB

Botschafter, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin

Serap Güler, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Berlin

Florian Peter Hahn, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Berlin

Prof. Dr. Pascal Hector

Botschafter, Deutsche Botschaft Kopenhagen

Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktori-ums; Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW); Universität Heidelberg

Dr. Tessen von Heydebreck

Deutsche Bank Stiftung, Berlin

Dr. Anton Hofreiter, MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten im Deutschen Bundestag, Berlin

Prof. Dr. Rudolf Hrbek

Ehrenpräsident des Arbeitskreises Europäischer Integration, Tübingen/Berlin; Eberhard Karls Universität Tübingen

Prof. Dr. Mathias Jopp

Ehemaliger Direktor des Instituts für Europäische Politik, Frankfurt am Main; Honorarprofessor der Universität Passau und der Eberhard Karls Universität Tübingen

Steffen Kampeter

Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Berlin; Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Arndt G. Kirchhoff

Geschäftsführender Gesellschafter und CEO, Kirchhoff Gruppe, Iserlohn; Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln

Prof. Dr. Mareike Kleine

Associate Professor in EU Politics, London School of Economics, London/Berlin

Moritz Körner, MdEP

Fraktion Renew Europe, Europäisches Parlament, Brüssel

Andreas Krautscheid

Schatzmeister des IEP; Flint Global Advisors, Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien (NRW) a.D., Berlin

Gunther Krichbaum, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin

Konstantin Kuhle, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin

Jo Leinen

Mitglied des Europäischen Parlaments a.D., Brüssel/Saarbrücken

Michael Leutert

Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages, Direktor, UNDP Repräsentationsbüro Deutschland, Bonn

Michael Georg Link, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin; Staatsminister a.D.

Dr. Anna Lührmann, MdB

Staatsministerin für Europa und Klima im Auswärtigen Amt, Berlin

Prof. Dr. Hartmut Marhold

Honorarprofessor an der Universität zu Köln, ehemaliger Generaldirektor des Centre International de Formation Européenne, Berlin

David McAllister, MdEP

Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, Brüssel

Yves Mersch

Ehem. Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Frankfurt a.M.

Dr. Anna-Maija Mertens

Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V., Berlin (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Nikolaus Meyer-Landrut

Botschafter, Leiter der deutschen Vertretung in den Niederlanden, Den Haag

Silke Mülherr

Co-Geschäftsführerin, Alfred Landecker Foundation, Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Universität Heidelberg; Präsident des Arbeitskreises Europäische Integration, (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Günther Oettinger

Geschäftsführer der Oettinger Consulting Wirtschafts- und Politikberatung GmbH, Hamburg; EU-Kommissar a.D., Brüssel

Christian Petry, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin

Dr. Hans-Gert Pöttering

Ständiger Gast des Vorstands der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin Präsident des Europäischen Parlaments a.D. (ruhend)

Annette Riedel

Redakteurin, Autorin und Moderatorin beim Deutschlandfunk Kultur, Berlin

Michael Roth, MdB

Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Staatsminister a. D., Berlin

Manuel Sarrazin

Sondergesandter der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans, Auswärtiges Amt, Berlin

Prof. Dr. Sabine Saurugger

Honorardirektorin und Professorin für Politikwissenschaft, Sciences Po Grenoble

Wolfgang Schmidt

Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, Berlin

Dr. Jur. Thomas Schnell Wolfgang Schmidt

Vorsitzender des Vorstands der Otto Wolff Stiftung, München (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Dr. Franz Schoser

Ehrenvorsitzender des Vorstands der Otto Wolff Stiftung, Köln

Martin Schulz

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin; ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestags, Berlin; Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Dr. Eric Schweitzer

Ehrenpräsident, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin

Prof. Dr. Martin Selmayr

Botschafter der Europäischen Union am Heiligen Stuhl, beim Malteserorden, bei den Organisationen der Vereinten Nationen in Rom und in der Republik San Marino, Generalsekretär der Europäischen Kommission a.D.

Norbert Spinrath

Ehemaliger europapolitischer Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion, Berlin

Stephan Steinlein

Botschafter, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Frankreich und Monaco, Paris

Manfred Weber, MdEP

Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Europäisches Parlament, Brüssel

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München

Klaus Welle

Vorsitzender des Akademischen Rats; Wilfried Martens Centre for European Studies; Generalsekretär des Europäischen Parlaments a.D., Brüssel

Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Ehrenvorsitzender des Vorstands des IEP; Direktor, CE-TEUS Centrum für Türkei und EU Studien, Jean Monnet Lehrstuhl ad personam, Universität zu Köln

Dr. Sabine Weyand

Generaldirektorin der Generaldirektion Handel, Europäische Kommission, Brüssel

Rainer Wieland,

Präsident der Europa-Union Deutschland, Berlin; ehem. Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Brüssel (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Christoph Wolfrum

Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amts, Berlin (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Marco Wölflinger

Vorsitzender des Vorstands, ASKO Europa-Stiftung, Saarbrücken (kraft Amt; Satzung §3 (2))

Prof. Dr. iur. Joachim Wuermling LL.M.

Ehem. Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main; Staatssekretär a.D.

Das wissenschaftliche Direktorium (Stand November 2023)

Prof. Dr. Frank Schimmelfennig

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums; European Politics, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Prof. Dr. Gabriele Clemens

Stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Direktori-ums; Universität Hamburg (em.)

Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktori-ums; Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW); Universität Heidelberg

Prof. Dr. Gabriele Abels

Eberhard Karls Universität Tübingen

Prof. Dr. Senem Aydin-Düzgit

Istanbul Policy Center, Sabanci Universität, Istanbul

Prof. Dr. Joscha Beckmann

FernUniversität Hagen

Prof. Dr. Timm Beichelt

Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge

Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (EWI)

Prof. Dr. Tanja A. Börzel

Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Ellen Bos

Andrássy Universität Budapest

Prof. Dr. Simon Bulmer

Universität Sheffield (em.)

Prof. Dr. Christian Calliess

Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Thomas Christiansen

Luiss Università Guido Carli, Rom

Univ.-Prof. Dr. Désirée Christofzik

Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Dr. Agnieszka Cianciara

Institute of Political Studies, Polish Academy of Sciences, Warschau

Prof. Dr. Thomas Diez

Universität Tübingen

Dr. Ondrej Ditrych

Institute of International Relations, Prag

Prof. Dr. Christian Dreger †

Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Sandra Eckert

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Gerda Falkner

Institut für europäische Integrationsforschung (EIF), Universität Wien

Prof. Dr. John Eric Fossum

ARENA - Centre for European Studies, Universität Oslo

Prof. Dr. Tina Freyburg

Universität St. Gallen

Ralf Fücks

Zentrum Liberale Moderne, Berlin

Prof. Dr. Andrea Gawrich
Justus-Liebig-Universität Gießen

Prof. Dr. Björn Hacker
Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

Dr. Klaus Hänsch
Ehrenmitglied; Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Erkrath

Prof. Dr. Ines Härtel
Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe; Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Christophe Hillion
Universität Oslo

Prof. Dr. András Inotai
Centre for Economic and Regional Studies, Hungarian Academy of Sciences, Budapest

Prof. Dr. Markus Jachtenfuchs
Hertie School of Governance, Berlin

Dr. Juha Jokela
Finnish Institute of International Affairs, Helsinki

Prof. Dr. Erik Jones
Europäisches Hochschulinstitut Florenz

Prof. Dr. Michael Kaeding
Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Hartmut Kaelble
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Michèle Knodt
Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Wim Kösters
RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Prof. Dr. Markus Kotzur
Universität Hamburg

Dr. Petr Kratochvíl
Institute of International Relations, Prag

Prof. Dr. Michael Kreile
Ehrenmitglied; Professor i.R., Humboldt-Universität zu Berlin

Thomas Krüger
Präsident, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Prof. Dr. Theresa Kuhn
Universität Amsterdam

Prof. Dr. Sandra Lavenex
Universität Genf, Schweiz

Prof. Dr. Christian Lequesne
Centre d'Études et de Recherches Internationales (CERI), Paris

Prof. Dr. Dirk Leuffen
Universität Konstanz

Dr. Barbara Lippert
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Prof. Dr. Astrid Lorenz
Universität Leipzig

Prof. Dr. Wilfried Loth
Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Siegfried Magiera
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Prof. Dr. Andreas Maurer
Universität Innsbruck

Prof. Dr. Jürgen Mittag
Deutsche Sporthochschule Köln

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet
Universität Würzburg

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff
Universität Heidelberg; Präsident, Arbeitskreis Europäische Integration, Berlin

Prof. Dr. Martin Nettesheim
Universität Tübingen

Univ. Prof. Dr. Arne Niemann
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Hanna Ojanen
Universität Tampere

Prof. Dr. Kai Oppermann
Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Diana Panke
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Kiran Klaus Patel
Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung, Bildungszentrum Eichholz, Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling

Prof. Dr. Johannes Pollak
Vorstandsvorsitzender; Rektor der Webster Vienna Private University, Wien

Prof. Dr. Sven-Oliver Proksch
Universität zu Köln

Prof. Dr. Uwe Puetter
Europa-Universität Flensburg

Prof. Dr. Kristi Raik
International Centre for Defence and Security, Tallinn

Prof. Dr. René Repasi, MdEP
Erasmus University Rotterdam

Prof. Dr. Thomas Risse
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Berthold Rittberger
Ludwigs-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Olivier Rozenberg
Centre for European Studies and Comparative Politics, Sciences Po Paris

Prof. Dr. Matthias Ruffert
Humboldt Universität Berlin

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOIS, Berlin

Prof. Dr. Stephanie Schiedermaier
Universität Leipzig

Prof. Dr. Joachim Schild
Universität Trier

Prof. Dr. Stefanie Schmahl, LL.M.
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Prof. Dr. Christoph Schuck
Technische Universität Dortmund

Dr. Otto Schmuck
Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland, Berlin

Prof. Dr. Tobias Schumacher
Norwegian University of Science and Technology, Trondheim

Dr. Daniela Schwarzer
Bertelsmann Stiftung, Berlin

Prof. Dr. Julie Smith
Universität Cambridge

Dr. Eduard Soler I Lecha
Autonomous University of Barcelona

Dr. Ulf Sverdrup
Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), Oslo

Prof. Dr. Daniel Thym
Universität Konstanz

Dr. Nathalie Tocci
Istituto Affari Internazionali, Rom

Prof. Dr. Florian Trauner
Vrije Universiteit Brüssel

Prof. Dr. Ebru Turhan
Türkisch-Deutsche Universität, Istanbul

Prof. Dr. Gaby Umbach
GlobalStat Direktorin am Robert Schuman Centre for Advanced Studies (RSCAS), Europäisches Hochschulinstitut (EUI), Florenz

Prof. Dr. Andreas Vasilache
Universität Bielefeld

Prof. Dr. Ramūnas Vilpišauskas
Institute of International Relations and Political Science, Vilnius University

Prof. Dr. Armin von Bogdandy
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg

PD Dr. Matthias Waechter
Generaldirektor, Centre international de formation européenne (CIFE), Nizza

Prof. Dr. Stefanie Walter
Universität Zürich

Dr. Tomáš Weiss
Karls-Universität, Prag

Prof. Dr. Mattias Wendel
Universität Leipzig

Prof. Dr. Thomas Winzen
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Natasha Wunsch
Universität Freiburg

Prof. Dr. Natascha Zaun
Leuphana Universität Lüneburg

Prof. Dr. Michael Zürn
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Ehem. Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Frankfurt a.M.

Team des IEP

Geschäftsführung

Prof. Dr. Funda Tekin
Direktorin

Dominic Maugeais
Referent Capacity Building und Senior Projektmanager

Dr. Johanna Hase
Wissenschaftliche Referentin der Geschäftsführung

Julian Rappold
Wissenschaftlicher Referent der Geschäftsführung

Dr. Tobias Hofelich
Wissenschaftlicher Referent der Geschäftsführung

Julia Winter
Referentin für Kommunikation

Simone Klee (in Elternzeit)
Büroleitung und Projektmanagerin

Wiebke Stimming
Büroleitung

Daniela Bermann
Büroassistentz

Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen

York Albrecht

Hannah Brandt

Laura Christoph

Sabine Hoscislawski

Ljudmyla Melnyk

David Nonhoff (in Elternzeit)

Julian Plottka

Gregor Sawal

Dr. Maria Skóra

Laura Worsch

Verwaltung

Marion Ende
Leitung Finanzen und Personalwesen

Artur Abel
Leitung Finanzen und Personalwesen

Saifon Herm
Finanzbuchhalterin

Studentische Mitarbeiter:innen

Carolyn Beinroth

Jakob Burger

Tamar Chomakhidze

Charlotte Fabian

Robert Karl Graeff

Hilde Kraatz

Leander Kraft

Lilian Krüger

Emma Lindner

Eva-Marie Mall

Chiara Midulla

Klara Sofia Stecker

Anna Shyshuta

William Tovarovski

Marcel Vesper

Kai Ole Vorberg

Lara Wagner

Sarah Walgern

Luisa Waschke

Janika Wiborny

Assoziierte Mitarbeiter:innen

Yusuf Gökhan Atak
Research Associate

Alberto Cunha
Research Associate

Prof. Dr. Björn Hacker
Research Associate

Prof. Dr. Michael Kaeding
Senior Research Fellow

Dr. Frédéric Krumbein
Research Associate

Dr. Aaron B. Rosa
Research Associate

Dr. Ilke Toygür
Senior Research Fellow

Assoz. Prof. Dr. Ebru Turhan
Senior Research Fellow

Stand 2024.





Impressum

Tätigkeitsbericht 2024

Herausgeberin:

Prof. Dr. Funda Tekin, Direktorin

© Institut für Europäische Politik e.V.

September 2025

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion:

Eva -Marie Mall & Julia Winter

Layout:

Eva -Marie Mall & Julia Winter

Umschlagseite: Djahle Krebs

Alle Abbildungen sind lizenzfrei verfügbar oder Eigentum des IEP.

